

NAZIS stopppen

Zeugenaussagen machen klar: Bei den rassistischen Übergriffen von Magdeburg haben Polizisten nicht nur zugeschaut und die Nazis gewähren lassen, sondern haben sich aktiv daran beteiligt!

Geert Möbius, Köln

Faschistische Übergriffe nehmen zu. Sie reichen von randalierenden „Elite“-soldaten in einer Siegburger Straßenbahn über einen Angriff von Nazis auf eine Demo für den Erhalt eines Jugendzentrums in Leipzig bis zur Massenschlägerei in einem Mannheimer Stadtteil, wo Deutsche türkische Anwohner belagerten. Brandanschläge oder Zusammenschlagen von Ausländern kommen täglich vor.

Die Taten werden verharmlost: Alkohol, laue Sommerabende und natürlich die „kriminellen Proteste“ der Kurden machen diese Ausfälle laut Politikern und Polizei verständlich. Wenn überhaupt Verdächtige ermittelt werden, werden sie meist schnell wieder freigelassen.

Deutlich ist in den letzten Wochen auch geworden, wie stark „Staatsschutz“-kräfte mit den

Nazis sympathisieren. „Ordnung, Tapferkeit, Kameradschaft und Gehorsam“, rechte Tugenden, werden durch Innenministers Kanthers Feldzug gegen protestierende Kurden und Präsident Herzogs Nationalismus weiter gestärkt. Schäubles Vorstellung zum Bundeswehreininsatz auf deutschem Boden werden bei Teilen der Polizei und wohl auch der Bundeswehr als Ermunterung aufgefaßt, gegen Linke vorzugehen. Drastisches Beispiel ist die Erstürmung eines besetzten Hau-

kein Zufall. Warnungen des Verfassungsschutz wurden ignoriert. 10 Minuten nach dem Beginn des Überfalls auf die Bar, in die sich die verfolgten Afrikaner geflüchtet hatten, traf der erste Streifenwagen ein, die Besatzung schaute zu. 7 Minuten später stellt der Polizeibericht einen Angriff der Ausländer aus der Bar heraus fest, worauf natürlich der Versuch gestartet wurde, diese festzunehmen. Ein Zeuge: „Sie haben zuerst die Ausländer festgenommen, sie in Handschellen auf den Boden gelegt



Videotrups sind auch bei spontanen linken Demos immer früh zur Stelle – bei Einsätzen bei Nazis werden sie „vergessen“.

Polizei nahm ihn beim Einsatz fest, Polizeipräsident Stockmann will geprüft wissen, ob „der Rahmen der Nothilfe nicht womöglich unzulässig überschritten worden ist“. Von 15.30 Uhr bis 18 Uhr waren von 23 Festgenommenen 13 Ausländer.

„Die gesamte Leistung der Polizei ist für mich beeindruckend“ meinte der Innenminister von Sachsen-Anhalt und besagter Herr Stockmann zu der tags darauf erfolgten Freilassung der festgenommenen Skins: „Wir hatten keine Handhabe gegen sie“. Polizei-Videotrups wie sie bei kleinsten antifaschistischen Aktionen üblich sind – wie bei der friedlichen Demonstration zwei Tage nach den Krawallen –, hatte man „vergessen“.

Magdeburg und die Übergriffe von Halle und Mannheim zeigen, daß wir uns nicht auf Polizei und Justiz verlassen können. Die in Magdeburg angegriffenen AusländerInnen sind deswegen relativ glimpflich davongekommen, weil sie sich gewehrt haben. Die Polizei brüstete sich sogar damit, daß sie verhinderte, daß aus dem Flüchtlingsheim Verstärkung für die Angegriffenen kam.

Nach wie vor laufen Ermittlungsverfahren gegen die Ausländer von Magdeburg.

Wir fordern, daß diese Ermittlungsverfahren sofort eingestellt werden – Selbstverteidigung ist kein Verbrechen!

„Sie haben zuerst die Ausländer festgenommen, sie in Handschellen auf den Boden gelegt und zugelassen, daß die Skinheads auf ihnen herumschlugen.“

ses in Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) unter aktivem Einsatz von Schußwaffen (!) und einer Kettensäge.

Beispiel Magdeburg

Das Verhalten der Polizei bei der Magdeburger Jagd von über 100 Neonazis auf Ausländer ist

und zugelassen, daß die Skinheads auf ihnen herumschlugen.“

Der türkische Inhaber der Bar verteidigte die Geflüchteten mit einem Messer, wobei ein Skinhead verletzt wurde. „Als die Polizei endlich einschritt, ging sie mit Gummiknüppeln gegen meine Leute vor“ sagte er. Die



Der Journalist Oliver Neß wird bei einer Demo gegen den Haider-Besuch in Hamburg von Polizisten mißhandelt. Kürzlich gewann er ein Prozeß gegen einen Polizisten wegen Tätlichkeit...

Youth Against Racism in Europe
Jugend gegen Rassismus in Europa
Jeunes contre le racisme en Europe
Blokbuster

**YRE
JRE**

**No
Pasaran**

**Stoppt Nazis
und Rassisten**

CAMP

**Internationales
Anti-Nazi-Camp**

**Reinwarzhofen bei Nürnberg
13.- 20. August 1994**

**Eine Woche Diskussionen über
Antifa-Arbeit, Sport und Spaß mit
1 500 Jugendlichen aus ganz
Europa. Gemeinsam gegen Nazis!**

**LIVE
MUSIK**

Gunshot (GB), Fun da' mental (GB), Slime,
Anarchist Academy,
Peacock Palace, Normahl, u.a.

KINO, THEATER, SPORT...

**Hotline:
02 21/81 18 86**

Kommunal- und Europawahlen

Mehrheit gegen Kohl

Drohen vier weitere Jahre Kohl? Scharping gibt sein Bestes dafür. Trotzdem bedeuten die Europa- und Kommunalwahlen eine Linksverschiebung, zeugen weniger von Zustimmung für die CDU als von der Schwäche der SPD.

Brent Kenndy, Köln

Trotz Rezession, Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und einer allgemeinen Anti-Kohl-Stimmung hatte die CDU im Osten leichte Verluste, legte im Westen sogar zu. Die CDU gewann hauptsächlich, weil die SPD verlor (5 Prozent). Ohne qualitativen Unterschied wählt man lieber das Original als die blasse Kopie.

Kohls Trumpf ist das Ende der Rezession. Trotz Verheugens peinlich krampfhaftem Abstreiten kommt die Konjunkturerholung. Na und? Der „Aufschwung“ wird ein Aufschwung der Gewinne sein. Die Massenarbeitslosigkeit wird bleiben. Allein 1994 sollen weitere 400 000 Arbeitsplätze abgebaut werden, der Sozialabbau geht weiter, die Unternehmer wollen die Reallohnkürzungen weiter treiben.

Eine schwache Konjunkturerholung kommt, aber dafür haben wir den Unternehmern und der Regierung nichts zu danken. Die erhöhten Steuern und Abgaben und die Kürzung der Massenkaukraft durch die Arbeitgeber werden das Wachstum so niedrig halten, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit und der Staat-

schulden unmöglich bleibt.

Insgesamt waren die Wahlen eine Absage an die Regierungsparteien. Die CDU holte ihre Stimmen hauptsächlich von der FDP, die CSU von den REPs. Selbst wenn die Union ihren „Rivalen“ – in Wirklichkeit ihr Anhängsel – im Oktober über die 5 Prozent zieht, hätte die Koalition bei einem ähnlichen Ergebnis keine Mehrheit.

Linke Mehrheit

Und wenn die linken Parteien die Mehrheit im Bundestag erreichen? Das PDS-Programm ist nicht viel anders als das SPD-Grundsatzprogramm, doch Zusammenarbeit ist das letzte, was die Biedermänner aus der SPD-Barracke täten. Während sie sich immer weiter an die CDU anpassen, sehen sie den Hauptfeind links und treiben das bis zur Selbstverstümmelung als Oppositionspartei.

So kann die SPD Juniorpartner der CDU in einer dann offiziellen großen Koalition werden, vielleicht schon demnächst in Sachsen-Anhalt. Wenn das Ergebnis der Landtagswahl ähnlich der Kommunalwahlen ist, und die Ablehnung der PDS bleibt, bleibt der SPD nur die Koalition mit der Kanzlerpartei.

Und wie bitte sollen dann die Mitglieder im Oktober die Wähler überzeugen, daß die CDU an allem Schuld sei und abgewählt gehört? Dann werden die Wähler entweder das Original vorziehen oder PDS und im Westen

die Grünen wählen.

Die fanatische Abgrenzung zur PDS hat nichts mit der Kritik am DDR-Stalinismus zu tun. Nur 7 Prozent der SED-Mitgliedschaft befindet sich noch heute in der PDS – wie sieht es aber bei den Blockflöten der Ost-CDU und -FDP aus?!

Die meisten Ex-Bürokraten haben heute wieder privilegierte Posten in den Konzernen. Was die SPD-Politiker an der PDS ablehnen, sind deren positive Seiten – Opposition, den Anspruch einer Alternative und – um Gottes Willen! – das Wort Sozialismus. Vor lauter Angst, in einen Topf mit Gysi geschmissen zu werden, schmeißen sie sich Kohl zu Füßen, sozial abgeduldet, versteht sich.

SPD: Hauptgegner PDS

Scharping steuert die SPD auf zwei Niederlagen im Oktober hin: Eine Wahlniederlage und eine große Koalition. Die Verweigerung einer Koalitionsaussage, nachdem die FDP ihre Verbindung zur CDU eindeutig erklärt hat, ist eine zynische Verarschung der Wähler. Eine Aussage für eine Koalition mit

Kohl wäre natürlich politischer Selbstmord – das kann warten, bis die Wähler am Tag nach der Wahl wieder entmündigt sind.

Auch ein Teil der Grünen, besonders vom Bündnis 90, ist eher bereit, mit der CDU zusammenzuarbeiten als mit Sozialisten. Die PDS wird wahrscheinlich 4-5 Prozent der Sitze im neuen Bundestag haben und ist bereit, damit einer SPD-Grünen-Koalition ins Amt zu helfen.

Die Grünen haben ihren Stimmenzuwachs von der SPD bekommen, 660 000 im Westen. Doch im Osten, wo es eine radikalere Partei gibt, hat Bündnis 90 lediglich 11 000 Stimmen von der SPD geholt, 210 000 wechselten zur PDS.

Vor allem im Osten gab es eine Verschiebung nach links. Die FDP verlor an die CDU, die an die SPD verlor, die an die PDS verlor. Die PDS ist jetzt stärkste Partei in mehreren Städten (Rostock: 33 Prozent, Ostberlin: 41 Prozent) und liegt in Mecklenburg-Vorpommern nur knapp hinter der SPD (SPD: Prozent, PDS: 25,4 Prozent), in den meisten Großstädten im Osten ist sie zweitstärkste Kraft. Jetzt reicht „Opposition“ nicht

Europaweit (siehe S.10)

Gleichgültigkeit und Protest

Die größte Partei bei den Europawahlen war mit 43,5 Prozent die der Nichtwähler. Und wer gewählt hat, hat sich in vielen Fällen nicht um „Europa“ geschert, sondern die Wahl genutzt, um der eigenen Regierung oder der unfähigen Opposition einen kräftigen Denkzettel zu verpassen. Dies ging vor allem zu Lasten der Sozialdemokratie.

Ulf Petersen, Köln

Spaniens Regierungschef Gonzalez und seine „Sozialistische Partei“ sind mit 30 Prozent der Stimmen wieder auf den Stand in Oppositionszeiten vor 15 Jahren zurückgefallen. Dies war die Quittung für die knallharte Sparpolitik in Verbindung mit Korruption und Bereicherung der Regierenden. „Es gibt keine Demokratie ohne Korruption“ sagte Gonzalez vor einiger Zeit. Ist das der Grund, warum er „Demokrat“ ist? Ein Großteil seines Kabinetts mußte bereits wegen Korruptionsskandalen zurücktreten, der ehemalige Chef der Nationalgarde ist weiter auf der Flucht (oder es will ihn einfach keiner finden...) und droht mit weiteren Enthüllungen. Wie will die SPD mit dieser Schwesterpartei „die Mafia in Europa zerschlagen“? Vielleicht durch gemeinsame Selbstauflösung?

In Frankreich haben die Sozialisten mit 14,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit Anfang der 70er Jahre eingefahren. Von den gewaltigen Schwierigkeiten, die die Bewegungen von Bauern, Fischern, Arbeitern und Jugendlichen den seit 1993 regierenden Bürgerlichen bereitet hatten, konnten die Sozialisten nicht profitieren. Kein Wunder, schließlich haben sie selbst die 12 Jahre davor an der Regierung die gleiche Politik im Interesse

der Unternehmer praktiziert.

In Italien konnte die Forza Italia des Regierungschefs Berlusconi um 10 Prozent zulegen, während die mitregierenden Faschisten der Allianz National sich stabilisierten. Dies ist ein Ergebnis der rechten Politik der sozialdemokratischen PDS (Ex-Kommunisten), die keinerlei sozialistische Schlußfolgerungen aus der tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise des italienischen Kapitalismus zieht.

Der soziale Kahlschlag, der von „sozialistischen“ und bürgerlichen Regierungen in Europa gleichermaßen betrieben wird, steht ganz im Zeichen der „wirtschaftlichen Angleichung“ im Hinblick auf die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion. Entsprechend wächst in den Staaten der Europäischen Union die Ablehnung gegenüber dem Europa der Bürokraten und Kapitalisten, daß in Brüssel und Straßburg verwaltet wird.

Anti-Europa-Stimmung

Oft konnten rechte und rassistische Parteien von der Anti-Europa-Stimmung profitieren. Der Vlaams Blok im flämischen Teil Belgiens steigerte sich von 6,6 auf 12,6 Prozent und die Front National im wallonischen Teil von Null auf 7,9 Prozent. Die rechte Liste „Anderes Europa“ in Frankreich kam von Null auf 12,3 Prozent.

In Spanien dagegen konnte die Vereinigte Linke ihren Stimmenanteil von 6,2 auf 13,4 Prozent steigern. Und auch die in Deutschland erfolgreiche PDS lehnt die Maastrichter Verträge ab. In Dänemark haben Gruppen aus der Anti-Maastricht-Bürgerbewegung ihren Stimmenanteil von 18,9 auf 25,5 Prozent steigern können.

Warnung vor Scharping

Am 23. April warnten wir in der VORAN: „Trotz des Hasses auf die CDU ist ein Regierungswechsel nicht sicher. Die SPD-Führung riskiert durch ihre rechte Politik der inoffiziellen großen Koalition, daß Kohl weiter an der Regierung bleibt ... Scharping schreibt in der SPD-Zeitschrift Vorwärts: ‚Die Streichung des Schlechwegtergeldes werden wir rückgängig machen und eine vernünftige Pflegeversicherung auf den Weg bringen. Mehr können wir angesichts knapper öffentlicher Mittel nicht versprechen ...‘. Eine SPD-Regierung würde nicht einmal die Angriffe auf die Gewerkschaften, Frauen, Mieter, Studenten und sozial Schwachen zurücknehmen. Mit dieser Unternehmer-Politik wird die SPD weder ihre traditionelle SPD-Wählerschaft noch Jungwähler mobilisieren können.“



mehr, jetzt muß sie handeln. Dafür braucht sie eine sozialistische Alternative zum krisenhaften Kapitalismus und eine Kampfstrategie, sonst werden ihre Stadträte auch Gefangene marktwirtschaftlicher „Sachzwänge“.

Wegen der politischen Instabilität und der Lockerung der Loyalität der Wähler zu den Parteien ist der Ausgang der Bun-

destagswahl noch offen. Doch wir warnen nochmals: Wenn die SPD-Führung so weitermacht, ist sie verantwortlich für vier weitere Jahre CDU-Regierung. Sie wollen zwar jetzt die Inhalte „deutlicher machen“ – als ob die Wähler zu dämlich seien. Nur lauter „Arbeit! Arbeit! Arbeit!“ zu brüllen nützt nichts, denn das Heer der Arbeitslosen will erst wissen „wie? wie? wie?“

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wähl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn



Kohl hat keine Berührungängste vor Berlusconi

Rostock wählte links

33,2 Prozent der Wähler haben die PDS zur stärksten Bürgerschaftsfraktion der Hansestadt gemacht. Und Rostock liegt damit im allgemeinen Trend Ostdeutschlands.

Nils, Juso-Vorsitzender, Rostock

Die PDS ist in sieben Wahlkreisen die stärkste Partei (Neubrandenburg, Schwerin, Rostock, Rügen, Suhl, Halle und Hoyerswerda). In Mecklenburg-Vorpommern konnte sie 10 Prozent zulegen.

In Rostock haben CDU und SPD eine eindeutige Abfuhr für ihre Politik erhalten. Beide regierten selbstherrlich in einer großen Koalition, mit Angriffen vorwiegend in sozialen Bereichen: zum Beispiel die höchsten Hort- und Kindergartengebühren im Osten und hohe Nahverkehrspreise.

Für die SPD sollte das eine Warnung vor landes- und bundesweiten Koalitionen mit der CDU sein. Viele Mitglieder der SPD haben das schon vor der Wahl erkannt und von ihren

Bürgerschaftskandidaten gefordert, sich eindeutig gegen eine große Koalition zu stellen. Jetzt sind sie gefordert. Die Wähler haben sich mehrheitlich für eine Arbeitnehmerpolitik entschieden, PDS und SPD verfügen zusammen über 60,5 Prozent.

In sämtlichen Städten und Kreisen Ostdeutschland könnten SPD und PDS – wenn nötig mit Bündnis 90/Grüne – die CDU aus der Regierung werfen und die Kürzungen der letzten vier Jahre zurücknehmen.

Die Wahl hat eine Mehrheit für eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen ergeben. In Rostock fordert die SAV zusammen mit den Jusos die SPD und PDS zur Umsetzung dessen auf und wird dafür Druck machen. „Veränderung beginnt mit Opposition“ – damit hat die PDS recht. Aber sie muß ihre Verantwortung jetzt wahrnehmen und ein offensives Programm sozialer Reformen aufstellen und die SPD auffordern, dies mit ihr umzusetzen. Dann werden wir sehen, was die SPD-Führung und die Basis dazu sagen.

Siegen: Parteiausschlußverfahren gegen Jusos

Bürokratische Brechstange

Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen hat Parteiordnungsverfahren gegen fünf Mitglieder des Juso-Vorstandes Siegen eingeleitet. Für drei Monate ruhen ihre Mitgliedsrechte, sie dürfen keine Versammlung besuchen oder sich zu den Ereignissen äußern. Der Juso-Unterbezirks-Vorstand ist damit ausgehebelt, er kann jetzt kommissarisch durch den SPD-Vorstand „verwaltet“ werden.

Torsten Sting, Siegen

Schon Ende 1992 läuteten die Alarmglocken bei den Karriere-Jusos und Parteirechten im SPD-Bezirk Westliches Westfalen: Der Juso-Unterbezirk Siegen/Wittgenstein war zu den Marxisten um VORAN übergelaufen.

Die bürokratischen Hebel wurden schnell in Gang gesetzt, die Wahl wegen „Formalfehlern“ nicht anerkannt. Erst nach Protesten von SPD- und Juso-Mitgliedern und 11 Monaten (!) Verzögerung mußte die Parteispitze

die Wahl anerkennen.

Die Arbeit der Siegener Jusos lief gut, 20 neue Leute wurden im Laufe eines Jahres gewonnen, eine Gruppe von JRE mit 100 Mitgliedern aufgebaut. Im Februar 93 organisierten wir einen Schüler- und Azubi-Streik gegen die Schließung des Krupp-Stahlwerks. Das nahm uns die SPD- und Gewerkschaftsführung übel, denn die Aktion paßte nicht in ihren Samtpfötchenarbeitskampf (der mit seinen Protestbriefen von Stahlarbeiterkindern an Onkel Cromme und Streiks an Urlaubstagen zu dem von Gewerkschaftsfunktionären als Erfolg verkauften Ergebnis führte, daß von den 2500 Arbeitsplätzen noch 1000 übrig sind!).

Mehrheit verteidigt

Bei den Juso-Neuwahlen Ende 93 konnte wir die marxistische Mehrheit verteidigen, das Spielchen mit der Nicht-Anerkennung wiederholte sich. Die SPD

erklärte diesmal, daß unser JRE-Arbeit nicht auf dem Boden der Sozialdemokratie stünde und JRE die gleichen Methoden wie die Faschisten anwenden würde! Eine unglaubliche Frechheit, immerhin wurden Mitglieder des Juso-Vorstandes über Wochen hinweg von den Siegener Faschisten bedroht. Telefonterror, eingetretene Wohnungstüren und Steckbriefe sind nur einige Beispiele. Doch die SPD meinte, daß man das Nazi-Problem durch totschweigen lösen wolle.

Wahlaufruf als Vorwand

Als wir eine Initiative kritischer GewerkschafterInnen zur Neugründung der örtlichen DGB-Jugend unterstützten, wurde uns unterstellt, der „Gewerkschaftsbewegung im Siegerland schweren Schaden zuzufügen“. Die Gründung des SAV-Stadtverbandes machte offensichtlich das Maß für die Bürokratenherzen voll.

Als Vorwand, die kleine heile Welt der Provinzpolitiker von uns Störenfriedern zu befreien, diente die Diskussion um den Wahlaufruf der SAV, PDS oder SPD zu wählen. Wir wollten diesen für die Diskussion auf einer Juso-Versammlung verschicken. Der Partei-Geschäftsführer verweigerte die Verschickung. Uns wurde vorgeworfen, Wahlkampf für eine andere Partei zu machen, dies sei ein Ausschlußgrund.

Demnach müßte man allerdings viele Leute aus der Partei werfen, zum Beispiel die, die Leihstimmen-Kampagnen für Scharpings Lieblinge von der FDP betrieben haben. Außerdem sprechen sich viele Jusos für eine rot-grüne Koalition aus. Es ist auch seltsam, daß gerade die Leute, die noch vor ein paar Jahren mit stolzeschwellter Brust über das SPD-SED-Diskussionspapier referierten, nun die PDS fürchten wie Johannes Rau den Teufel.

Doch unabhängig davon ist der

Wahlauf Ruf nur ein Vorwand, um linke Kritiker loszuwerden. Wir werden uns jedoch von solchen bürokratischen Intrigen der gutverdienenden Funktionäre nicht abschrecken lassen, sondern gegen die Ausschlußverfahren kämpfen! Wir setzen dabei vor allem auf die Solidarität von Juso- und SPD-Gliederungen.

**Protestbriefe an:
SPD-Bezirksvorstand
Westliches Westfalen
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund**

Wir fordern:

- ★ Einstellung des PO-Verfahrens gegen die fünf Mitglieder des Juso-UB-Vorstandes Siegen-Wittgenstein
- ★ Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit sowie einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Funktionäre

Ihr da oben ...



Wer soll das bezahlen?

Im Landesfinanzministerium von Mecklenburg-Vorpommern wurde eine neue Telefonanlage eingebaut. Wie alles mußte sie etwas Besonderes aufweisen. Beim Verbinden und Warten wird in jeder modernen Anlage Musik eingespielt. Man kann bei der Einrichtung unter mehreren bekannten Titeln wählen. Aber es sollte was Besonderes sein, man wollte den Titel „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld“, der natürlich nicht zur Verfügung stand. Der Techniker weigerte sich zunächst, weil er dies als Verschwendung und als Verdummung der Leute ansah. Das Finanzamt bestand darauf, schließlich würde es ja bezahlen.

Der Titel wurde digitalisiert und in die Anlage einprogrammiert. Der Spaß kostete 30 000 DM. Nach fünf Tagen gab es so viele Beschwerden von empörten Anrufern, daß die Musik durch eine schon vorhandene ersetzt werden mußte. Ausbau und Programmierung kosteten wieder einige Tausende. Die Finanzbürokraten stört dies nicht, weil sie es nicht bezahlen müssen, sondern wir. Das beantwortet dann auch die Frage, wer das bezahlen soll ...

Ehrliche Unternehmer

Der Präsident des DIHT sagt bereits jetzt für die Zeit nach der Wahl eine Diskussion um die Sozialversicherungsbeiträge voraus. Vielleicht noch ein Feiertag weniger? Der Phantasia der Bosse und Bonzen sind keine Grenzen gesetzt, wenn es um mehr Profite und weniger Steuern geht.

Trotz Krise hat BMW zum Beispiel den Gewinn von 1989 bis 1993 von 385 auf 452 Millionen gesteigert. Während BMW allerdings 1989 noch 509 Millionen an Ertragssteuern zahlte, waren es 1992 nur noch 32 Millionen. 1993 bekommt BMW 32 Millionen zurück.

1993 erzielte die Deutsche Bank einen Rekordgewinn von 2,2 Milliarden, zahlte aber 450 Millionen weniger Steuern als im Vorjahr.

Die Steuerreform der Bundesregierung macht's möglich. Außerdem können multinationale Konzerne ihre Gewinne im Ausland versteuern und Verluste im Inland „absetzen“. BMW-Chef von Künheim: „Wir sind gezwungen, betriebswirtschaftliche Probleme zu Lasten der Volkswirtschaft zu lösen.“ Gute Analyse. Genau das ist das Problem mit dem Kapitalismus.



... wir hier unten



Die Treuhand macht's möglich: Ex-Junker sollen ihre Güter zurückerhalten

Bauernland in Junkerhand!?

Ich, Ronald Luther aus Mecklenburg-Vorpommern, protestiere hiermit gegen die Revidierung der Bodenreform gegen die nazistischen und kriegstreiberischen Großgrundbesitzer von 1945-49, deren Bestand durch den Einigungsvertrag zugesichert wurde.

Ist es etwa im Interesse der Genossenschaftsbauern, wenn die Großgrundbesitzer ihnen gegenüber begünstigt werden? Während der Großgrundbesitzer und Alteigentümer für wenig Geld Teile des Treuhandlandes erwerben kann, darf der Genossenschaftsbauer dies erst, wenn sich der Großgrundbesitzer die ertragreichsten Flächen gesichert hat.

Gleichzeitig braucht der Alteigentümer stets weniger Geld zu hinterlegen als der Genossenschaftsbauer. Zwar erhalten Pächter, also Einzelbauern, Vorkaufrecht, aber 80 Prozent der Bauern sind in Genossenschaften tätig. Wer seine Arbeit und sein Land behalten will, müßte Privatbauer werden. Die Alt-schulden der Ex-LPG bleiben an ihm hängen. Wie soll er dann aber Geld haben, um Land zu erwerben?

So oder so ist der „kleine“ Bauer benachteiligt. Zehntausende von Bauern der Genossenschaften würden wieder arbeitslos oder zu Tagelöhnern und faktisch Leibeigenen werden. Mecklenburg-Vorpommern würde dies auf dem Arbeits-

markt den Todesstoß versetzen.

Widerstand jetzt!

Die Bauern von Mecklenburg-Vorpommern haben mit der Wahl der CDU im Jahre 1990 ihren eigenen Totengräber gewählt. Die Politiker in Bonn, Berlin und Schwerin vertreten nicht unsere Interessen, sondern die des Kapitals und der Großgrundbesitzer. Am Wahltag werden wir mit ihnen abrechnen.

Auch wenn die SPD das Gesetz zur Revision der Bodenreform verhindert, kann man sehen woher der Wind weht. Sollte die bürgerliche Koalition wiedergewählt werden, sieht es für uns schlecht aus. Wenn wir uns im Osten nicht endlich wehren, werden wir über den Tisch gezogen. Wehren können wir uns nur, wenn wir uns zusammenschließen und organisieren. Wir müssen wie 1989, als wir die stalinistische Diktatur stürzten, wieder auf die Straße gehen. Wählen alleine ist nicht sinnvoll und erfolversprechend.

Ich bin zwar nur ein kleiner Arbeiter, aber die Interessen der Bauern sind auch meine Interessen. Erst ist nämlich der Bauer, dann bin ich selber dran. Ein weiterer Arbeitsplatzabbau wäre für Mecklenburg und Ostdeutschland tödlich.

Deshalb müssen wir gemeinsam, Bauern und Arbeiter, entschiedenen Widerstand leisten. Schlagen wir die Angriffe der Bonzen zurück.

Die Alltägliche Korruption

Unsere Krankheit, ihr Profit

Bisher haben Banken, Konzerne, Regierung und ihre Schreiberlinge stets die „Hängemattenmentalität“ der Lohnabhängigen zur Ursache für die Kostenexplosion im Gesundheitswesen erklärt, auch wenn es sich dabei um Lohnnebenkosten handelt und diese pro Kopf und Jahr weniger als die Betriebskosten eines VW-Golf betragen.

Kurt, Arzt, Berlin

Doch im System der organisierten Verantwortungslosigkeit ist die Reparatur der Ware Arbeitskraft ein Geschäft: Bei der Kleingewerbetreibenden-Spezies Arzt gehts im Akkord, mit der Besonderheit, daß sich diese selbst die Leistung bescheinigen. Kann man erwarten, daß sie diese unterbewerten? Sagt ein Arzt im Vorübergehen „Wie geht's denn so?“ kann er das als „Beratung“ abrechnen und von der AOK kassieren ...

1992 hat ein einziger Herzklappenhersteller für 1,7 Millionen DM Geschenke an die Chefs der 47 Herzzentren ganz legal beim Finanzamt angegeben. Man sollte nicht denken, daß die Hersteller künstlicher Knie- oder Hüftgelenke, der Herzschritt-macher und der gesamten Medizingeräteindustrie etc. weniger großzügig sind.

Doch die Chefs leben nicht nur von Gehalt und Zuwendungen der Industrie. Im Berliner Uniklinikum Virchow gibt es keinen der 68 Chefs, der weniger als 800 000 DM im Jahr an Privatpatienten nebenbei verdient (5 Milliarden für die 12 000 BRD-Chefärzte).

Rosinen für die Privatpraxen

Daneben sieht das Monatsgehalt beim Pflegepersonal mit

2000-3000 DM im Monat bei Früh-, Spät-, Nacht-, Wochenend- und Feiertagsschichtdienst schon bescheidener aus.

In den letzten fünf Jahren nahmen Gelenk-, vor allem Knieoperationen um 500 Prozent zu. Ob dies in unserem Gesundheitsinteresse oder an Profitinteressen von Klinikchefs und Industrie liegt, läßt sich ohne Offenlegung der Geschäftsbücher und -bilanzen, Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses sowie Kontrolle durch Betroffene und Beschäftigte nie feststellen. Der Berliner Ärztekammerpräsident erwähnte jedenfalls keine so plötzliche Zunahme der Knieerkrankungen in den letzten fünf Jahren!

Im Rahmen der Privatisierung werden immer mehr Operationen ambulant durchgeführt – natürlich nur zu günstigen Zeiten.

Nachts, am Wochenende, bei Unfällen, bei Komplikationen im Verlaufe ambulanter Operationen sind die ja so unwirtschaftlichen Normalkrankenhäuser wieder gut, weil nur sie über Intensivstation, Rettungstellen, Nachtdienste etc. verfügen.

Auch Risikopatienten, vielfachranke alte Menschen schickt man dort hin, während junge, sonst gesunde Patienten, bei denen keine Komplikationen zu erwarten sind, wie die Rosinen herausgepickt werden, mit denen man privat viel Geld mit relativ wenig Arbeit verdienen kann. So wird die „Überlegenheit der Marktwirtschaft „bewiesen“, die Überlegenheit bei der Vergesellschaftung von Verluste und Privatisierung von Gewinnen.



Die Halbgötter in weiß an der Arbeit: Wer den Herzklappen-Skandal für etwas Besonderes im Gesundheitswesen hält, irrt.

Vom 13.-20. August 1994 findet das Internationale „No pasaran“-Camp von Jugend gegen Rassismus in Europa statt. Mindestens 1500 jugendliche AntifaschistInnen aus ganz Europa werden für eine Woche nach Reinwarzhofen in Bayern kommen. Auf dem Zeltplatz der Falken (Sozialistische Jugend Deutschlands) wird ein weitgefächertes politisches

Menschen wie Philemon Mauku, der in Südafrika für mehrere Jahre im Gefängnis gesessen hat, weil er zusammen mit anderen sein Wohnviertel gegen staatliche Mörderbanden verteidigt hat und dabei gegen die rassistischen Gesetze des Landes verstoßen hat.

Tommy Sheridan aus Schottland wird auf einer Veranstaltung unter dem

haben. Aus allen Sektionen der JRE werden Beiträge zur praktischen Arbeit geliefert werden. Von Eleckampagnen/URE, der schwedischen JRE, kommt unter anderem ein Beitrag über Antifa-Arbeit in Schulen. Oft ist es eines der ersten Probleme für AntifaschistInnen, ihr Recht, sich

Die frustriertesten Teile der Bevölkerung sind dann meistens auch bereit, Gewalt anzuwenden. Mit diesen gezielten Maßnahmen, die Bevölkerung eines Landes zu spalten, lenken die Herrschenden von den tatsächlichen Mißständen ab

an der Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland hat. Oder von Angehörigen der indischen Minderheit in Großbritannien, die unter dem Druck rassistischer Verfolgung

oder in Italien, wo in diesem Jahr zum ersten Mal seit dem Krieg wieder eine faschistische Partei in der Regierung sitzt?

Internationales Anti-Nazi-Camp

Programm verbunden mit Unterhaltung und Freizeitgestaltung angeboten.

Johannes, JRE-Camp-Team

Täglich finden bis zu neun Veranstaltungen statt, die nicht von Polit-Profis und Karrieristen, sondern von aktiven AntifaschistInnen und Widerstandskämpfern vorbereitet und abgehalten werden.

Unter den Rednern gibt es

„Kein Kapitalismus ohne Rassismus“ sprechen. Er führte in Schottland die Anti-Poll-Tax Bewegung an, die Millionen Menschen gegen die Regierung Thatcher mobilisierte.

Diese weigerten sich, die unsoziale „Kopfsteuer“ zu zahlen und führten damit den Sturz von Maggie Thatcher herbei. Als Diskussionspartner ist auch Gregor Gysi (PDS) eingeladen.

JRE-Mitglieder berichten von den Kampagnen, die sie in ihren Ländern durchgeführt

organisieren, durchzusetzen.

JRE international

Das Antifa-Komitee, die österreichische Schwesterorganisation von JRE hat Kontakt mit Antifaschisten, die schon in den dreißiger Jahren gegen die Nazis gekämpft haben. Einer dieser Widerstandskämpfer wird unser Camp besuchen und von seinen Erfahrungen berichten.

Andere Beiträge handeln davon, warum es im Kapitalismus immer wieder zu rassistischen und faschistischen Erscheinungen kommt. Regional äußern sich diese Erscheinungen zwar in unterschiedlichen Symptomen, etwa in religiösen oder ethnischen Konflikten, erfüllen aber die gleiche Funktion.

Eine Minderheit wird von der herrschenden Klasse eines Landes zum Sündenbock für soziale Mißstände wie fehlende Arbeitsplätze oder fehlende Wohnungen gemacht. Dann wird eine Hetzkampagne gegen diese Minderheit organisiert, und fertig ist der Schnitt quer durch die Bevölkerung.



JRE-Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Ehringshausen bei Herborn.

Was bringt das Camp?

Warum sollen sich AntifaschistInnen aus aller Herren Länder im August in Unkosten stürzen, ihre lokale Arbeit unterbrechen und den langen beschwerlichen Weg nach Reinwarzhofen im tiefsten Franken auf sich nehmen?

Ist das Camp ein Urlaub für gestreßte Klassenkämpfer, eine lästige Pflichtübung oder ein Risiko für eine junge Jugendorganisation, die organisatorisch noch auf schwachen

Beinen steht?

Um diese Fragen drehen sich innerhalb der JRE und der Antifa-Szene viele Diskussionen, seit das internationale Komitee von JRE den Entschluß gefaßt hat, in diesem Jahr ein Sommercamp auszurichten. Für JRE ist das Anti-Nazi-Camp die bisher größte und aufwendigste Veranstaltung seit der Gründung im Oktober 1992. JRE ist seitdem in dreizehn europäischen Ländern aktiv und hat inzwischen 10 000 Mitglieder, mit steigender Tendenz. Dies ist in einer Zeit, in der Gewerkschaften, Parteien und traditionelle Jugendverbände stagnieren oder sogar drastisch schrumpfen, ein großer Erfolg.

Es spiegelt aber genau den Charakter einer unabhängigen Jugendorganisation wieder, die nicht von einem riesigen, überalterten Apparat künstlich am Leben erhalten wird, sondern von den Ideen und Aktivitäten und auch von den Finanzen der eigenen Mitglieder getragen wird.

Internationalismus

Wer bei JRE mitmacht, sucht nach Ursachen für soziale Probleme und nach Möglichkeiten, diese zu lösen, nicht nach Ausreden und Entschuldigungen für falsche Entscheidungen.

Steigende Arbeitslosenzahlen, das ungelöste Wohnungsproblem, fortgesetzter Terror faschistischer Banden in ganz Europa und keine Aussicht auf

Lösung dieser Probleme durch die Regierungen zeigen, daß die Umstände, die zur Gründung der JRE geführt haben, nach wie vor bestehen. Eine Organisation wie JRE, die Probleme mit internationaler Tragweite auch international bekämpfen kann, ist wichtiger denn je und muß sich weiterentwickeln.

Der bisher größte Schritt in dieser Entwicklung seit Gründung der Organisation ist das Anti-Nazi-Camp 94. JRE ist schon in der bisherigen Vorbereitungsphase mit mehr Menschen und Organisationen in Kontakt getreten und hat europaweit mehr Jugendliche erreicht als bei irgendeiner Aktion zuvor. Die internationale Mobilisierung der Teilnehmer hat eine enorme Vernetzung und Verbesserung der Struktur unserer Organisation zur Folge gehabt. Wir konnten Brücken schlagen in Länder wie Albanien, Bosnien und Rußland, zu denen wir bisher keinerlei Kontakt hatten und die jetzt Delegationen zu unserem Camp schicken – mit der Absicht, in ihren Ländern nach dem Camp JRE zu gründen.

Schon jetzt hat sich der für unsere Verhältnisse riesige organisatorische Aufwand, den das Camp verursacht hat, bezahlt gemacht. JRE wird nach dem Camp eine neue Stufe an Bekanntheit und Bedeutung unter Jugendlichen erreicht haben. Daher ist dieses Camp genau die richtige Maßnahme, um jetzt JRE zu stärken.

Anmeldung

Ja, ich melde mich zum JRE-Camp an. Ich habe ...

- den vollen Betrag von 200 DM (Ostdeutschland) bzw 280 DM (Westdeutschland)
- eine Anzahlung von ___ DM überwiesen.

Adresse, Telefon

Abschnitt einsenden an JRE, Postfach 30 06 29, 50776 Köln, und mindestens ein Viertel des Teilnehmerbeitrags auf das Konto 415 870 000 bei der Kölner Bank, BLZ 371 600 87 überweisen. Infos unter: 02 21 / 81 18 86

Fußball-Weltmeisterschaft



Coca-Cola, unsere Jungs und der Rest

Seit dem 17. Juni läuft die Fußball-Weltmeisterschaft. Grund für viele, den Tagesablauf umzuschmeißen und herrliche Stunden vor der Glotze zu verbringen. Werden Ruudil, der „spätpubertierende“ und „hysterische“ Kapitän Matthäus (so Ex-Nationalspieler Littbarski) und die anderen trotz ihrem pechschwarzen Trainer den Titel verteidigen?

Dieter Schröbcke, Werder-Fan im Exil

Egal, wie man sich entscheidet, ob heimlicher Nationalstolz, die politische korrekte Linie, die Liebe zum brasilianischen Fußball oder die Sympathie für Außenseiter à la Kamerun den Favoriten bestimmen – für jede/n Fußballinteressierte/n gehören diese Wochen zu den schönsten im Jahr.

Da stört doch kaum, daß der Fußball immer weiter von Konzernen und Staat benutzt wird!? Doch, das stört! In den letzten Jahren hat sich die Zerstörung des Sports durch Profitinteressen so beschleunigt, daß Fußball-Fans nicht nur freudig auf die Weltmeisterschaft gucken können.

Durch die enormen Summen für die Übertragungsrechte und den Verkauf von Stars werden die Eintrittsgelder und damit die Fans für die Vereine unwichtiger. Dies bekommen sie zu spüren. Einerseits treibt sich im Umfeld des Fußballs ein riesiger Funktionärskörper herum (Spitzenreiter: Bayern München) oder werden Bonzen-Logen gebaut (Werder Bremen), andererseits wollen DFB und Vereine kein Geld für Fan-Betreuung rausrücken oder müssen die treuesten Fans im Regen stehen wie in der unüberdachten Bremer Ostkurve.

Auch wenn es nett ist, den Amerikanern die Erleuchtung bringen zu wollen: Bei 75 Dollar Durchschnittseintritt werden Ghetto-Kids und ArbeiterInnen wohl kaum den Fußball näher kennenlernen wollen.

Und eigentlich ist es bei der WM egal, ob Zuschauer kommen oder nicht, der Geldsegen für den Weltfußballverband

FIFA, die nationalen Verbände und das feiste Funktionärs-Leben werden durch die Sponsoren McDonalds, Canon, General Motors und Coca-Cola garantiert. Allein die FIFA wird 350 Millionen Gewinn durch die WM machen.

Würgegriff des Profits

Die gekauften Millionen-Stars zerstören die Teamstruktur, verhindern immer mehr den harmonischen Aufbau von Mannschaften „von der Pike auf“. Die erfolgreichen Mannschaften haben keine Jugendarbeit mehr nötig, kaufen einfach die Spitzenspieler aus anderen Mannschaften. Das geht bis in die Kreisliga. Die Folge dort: immer weniger Mannschaften entwickeln sich gemeinsam weiter, die Spielkultur sinkt.

Im DFB herrscht der Lobbyismus. Strafen für Verstöße gegen die Profi-Lizenzauflagen sind ungerecht. Schalke 04, Präsident ist FDP-Möller, mußte für Lizenz-Schummelei nur ein Geldbuße zahlen, dem Ost-Club Dynamo Dresden wurden für das gleiche Vergehen in der vergangenen Saison vier Punkte abgezogen.

Düstere Aussichten

Die Champions League, die letzte Runde des europäischen Meister-Wettbewerbs, wird so umgestaltet, daß selbst ein RTL-Reporter von „Manipulation“ sprach. Ein neues Punkte-System für das Erreichen der Champions-League rechnet die Leistungen der letzten Jahre mit ein. Den Spitzenclubs aus Deutschland, Italien, Spanien usw. werden so mehr internationale Spiele und die Einnahmen garantiert, neue Clubs werden rausgehalten. Mehr Spiele bedeuten auch, daß nur Clubs die härter werdende Saison durchhalten können, die über ein großes Kontingent an guten Spielern verfügen, wie der Berlusconi-Club AC Milan, der sich ganze Spitzenteams auf Bank und Tribüne leisten kann.

Das deutsche Pokalendspiel 1994 war – neben dem langweiligen Spiel, was auf seiten des Favoriten und Siegers Bre-

men eher an die flexible Streiktaktik der IG Medien erinnerte – ein widerliches Schauspiel.

Die Fans durften nicht ihre eigenen Gesänge anstimmen – Musik wurde in enormer Lautstärke vom Band abgespult, den Leuten aufgezeugt. Dazu wurden immer wieder Dosen von aggressiver Werbung – „der Berliner Fußball-Verband dankt der Dresdner Bank“ – und staatstragender Politik – „und jetzt eine Welle für die Europa-Wahlen“ – gemischt.

Begleitet wurde das von einer großen Anzahl martialisch aufgemachter Polizisten und privater „Sicherheitsdienste“. Das Sportereignis als staatstragendes Happening, von oben dirigiert, und wer nicht spurt, bekommt den Knüppel! Viele Fans waren sauer über diese miese Show.

Das ist unser Spiel!

Fußball-Fans kämpfen schon heute für mehr Kontrolle über den Sport. Einige haben sich in antirassistischen Fanclubs organisiert, Kampagnen gegen zwangsweise Abschaffung von Stehplätzen geführt („Sitzten is fürn Arsch“). Auf einem Kongress treffen sich am 24./25. Juni in Düsseldorf Vertreter von Fan-Initiativen aus dem In- und Ausland.

Die SAV fordert die Demokratisierung der Vereine und die Mitbestimmung der Fans über Gestaltung des Stadions und Eintrittspreise. Wir verlangen feste Etats für die Fan-Betreuung.

Wir treten für eine bessere Förderung des Breitensports ein, für ausreichend Hallen und Trainingsplätze. Dafür können Gelder verwendet werden, die heute noch für den aufgeblasenen Sport-Funktionärsapparat und übertriebene Spieler-Gehälter verwendet werden. Allerdings ist auch eine langfristige soziale Absicherung für alle Profi-Spieler notwendig.

Über die Redaktion zu beziehen: „Reclaim the game“, englischsprachige Broschüre von MILITANT LABOUR, über den Kampf von Fußball-Fans für ihren Sport.

Stuttgart

„Wahlkampf mit Strafanzeigen“

So eine Schlagzeile der Stuttgarter Zeitung. Im Wahlkampf wurden so viele Plakate zerstört wie noch nie – Zeichen für die Beliebtheit der Parteien.

Angela, Stuttgart

Die CDU fühlt sich aufs tiefste hintergangen, weil ca. 100 Plakate von Unbekannten überklebt wurden. Allerdings war es kein großes Wunder, da die CDU durch Slogans wie „Keine Kapitulation vor dem Verbrechen“ und „Radfahren ist schön, aber ohne Autos wären wir pleite“ die Hirnwindungen von Leuten in Gang setzte. Die SAV machte daraus die Parole: „Frieden ist schön, aber ohne Waffenexporte wären wir pleite“. Außerdem wurde die CDU als „Club deut-

scher Unternehmer“ geoutet.

Das Auftauchen der Richtigstellungen auf den Plakaten führte zu einem Mordsaufstand. Die CDU stellte Strafanzeige gegen unbekannt, alles ging an die Presse. Der Vorsitzende Mayer-Vorfelder sagte, es habe „bei den Jusos Entgleisungen“ gegeben, die Konflikte zwischen den Parteien verursacht haben.

Als dann ein Artikel über die Gründung des SAV-Stadtverbandes auf der ersten Lokalseite erschien, wurden wir oft beim Zeitungsverkauf, an Infotischen, in der Schule und im Jugendhaus auf die Plakate angesprochen.

Vermutlich werden die CDU-Sprüche im Bundestagswahlkampf nicht viel klüger sein. Aber die der SAV schon! ■

Kassel: Jugendtreff gerettet

Die Proteste von Jugendlichen in Kassel, die SAV-Mitglieder mit angestoßen haben, waren erfolgreich: Das Jugendzentrum Brückenhof ist wieder eröffnet worden, eine befristete Stelle wurde geschaffen, ebenso im Haus der Jugend. Dies ist nur auf den entschiedenen Kampf der Jugendlichen und nicht auf die Einsicht der Politiker zurückzuführen. Doch zum Jahresende droht erneut die Schließung. Deshalb muß der Kampf weitergeführt werden.

Aufbaufonds

Erste Schritte finanziert

Dank der 18 854 Mark Spenden von unseren Mitgliedern, Unterstützern und den Besuchern der Gründungsveranstaltungen konnten wir die Neugründung der SAV finanzieren. Wir haben das Defizit von 7500 DM aus nicht erreichten Kampffondszielen im 1. Quartal ausgeglichen, 5000 DM für internationale Arbeit zur Verfügung gestellt, Konferenzkosten, den Druck von 4000 Plakaten und unserer Selbstdarstellungsbroschüre finanziert, sowie 1000 DM Fahrtkosten für die Teilnahme unserer französischen Genossen und von Bundesvorstandsmitgliedern an den Gründungsveranstaltungen.

4000 DM sind in den Orten geblieben, um Flugblätter und sonstige Kosten der Gründungsveranstaltungen zu decken. Einige Rechnungen im Bundesbüro sind noch offen. Zur Begleichung benötigen wir die zügige Einlösung der noch ausstehenden Spendenversprechungen in Höhe von 4985 DM.

Es gibt viele neue Interessenten. Sie zu besuchen, kostet Geld. Ein erfolgreiches Eingreifen der SAV im Bundestagswahlkampf muß im Sommer vorbereitet werden. Wir müssen produzieren: Plakate, Flugblätter, Aufkleber, Faltblätter ... Deshalb unser Appell um weitere Extraspenden. Berufstätige bekommen in den nächsten Wochen Urlaubsgeld. Davon sollte

auch für die SAV eine Zusatzspende abfallen, damit wir im Sommer einen heißen Wahlkampf vorbereiten können.

Konto Aufbaufonds: VORAN
Kto-Nr. 870 386 300
Dresdner Bank
BLZ 370 800 40

Kampffonds

Im zweiten Quartal haben wir bessere Ergebnisse erzielt als im 1. Quartal.

Fiz Garvie, Köln

Daß das Erreichen der Ziele möglich ist, haben einzelne Ortsgruppen bewiesen. Die Sieger haben im April und Mai mit 3123 DM ihr Ziel übertroffen. Das ist mehr als doppelt soviel wie im ganzen ersten Vierteljahr. Die Kasseler GenossIn-

nen haben bereits 4320 DM reingeholt und ihr Ergebnis im Quartal zuvor eineinhalbmal übertroffen.

Wer Leuten erklärt, daß die SAV gegen Nazis oder wie im Fall von Kassel gegen die Schließung von Jugendhäusern kämpft, wird dafür finanzielle Unterstützung zu bekommen. In Kassel wurden an einem Tag 600 Mark gesammelt. Der Einsatz von Unterschriftenlisten hat

2. Quartal 94	erreicht DM	% des Ziels	Ziel DM
Schleswig Holstein	0	0%	600
Bremen	288	24%	1200
Mecklenburg-Vorpommern	506	69%	750
Berlin	2700	60%	4500
Nordrhein-Westfalen	8154	78%	10500
Hessen	5467	101%	5400
Baden-Württemberg	2931	56%	5250
Sonstiges	207	12%	1800
Gesamt	20 253	68%	30 000

SAV-Gründung: Das war nur der Anfang

Bei den Gründungsveranstaltungen von Aachen bis Berlin, von Rostock bis Freiburg, und der Vorstellung unserer Organisation auf den Pflingstcamps der Jusos in Dresden und der PDS bei Rostock waren über 600 Leute anwesend. Rund die Hälfte waren Gründungsmitglieder oder entschieden sich, beim Aufbau der Sozialistischen Alternative VORAN mitzumachen.

Angela Bankert, SAV-Bundeschatzmeisterin

Neben interessierten, nicht organisierten Menschen aller Altersgruppen waren Gewerkschafter, SPD- und PDS-Mitglieder und Vertreter anderer linker Organisationen anwesend.

In Siegen, Bremerhaven und Berlin waren auch Veteranen der Arbeiterbewegung gekommen, Leute über 80, die in den 20ern und 30ern in KPD und SAP aktiv waren, zum Teil auch im KZ gesessen haben. Daß diese Genossen noch immer die Kraft haben zu kämpfen und sich bei der SAV neu organisieren, hat viele tief beeindruckt. Überall kamen die internationalen Berichte gut an. Sowohl die britischen Genossinnen Sharon und Louise von *Militant Labour* sowie Genossen Emanuel und Gerald der französischen *Gauche Revolutionnaire* sprachen auf den Treffen.

Von Vertretern der PDS wurde der Wunsch nach Einheit der Linken und nach Zusammenarbeit ausgedrückt. Sowohl beim PDS-Pflingstcamp als auch in Köln äußerten PDS-Mitglieder auch Kritik an Gysis allzu sozialdemokratischen Kurs.

Nachfragen, ob die Gründung der SAV nicht eine weitere Aufsplitterung der Linken bedeuten würde, kamen auch von SPD-Mitgliedern in Bremerhaven. Wir machten jedoch klar, daß wir trotz eigenem Programm die

Einheit in der Aktion suchen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“

Programm dargestellt

In Stuttgart waren auch linke SPD-Mitglieder anwesend, die die Veranstaltung sehr positiv fanden. Weniger positiv fand sie ein Mitglied des AFA-Bundesvorstands in Rostock (Afa – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD). Mit seiner halbherzigen

zeigte, daß auch andere anwesende KollegInnen dieser Meinung sind.

In Kassel saß ein Vertreter der Postgewerkschaftsjugend auf dem Podium und berichtet vom aktuellen Tarifikampf und der vorigen Zusammenarbeit mit VORAN.

Größtes Treffen in Berlin

Zur größten Veranstaltung waren in Berlin 105 Leute in das Bürgerzentrum (Ostberlin) gekommen, fünf mehr als bei Scharpings Wahlkampfauftakt am Abend zuvor. Allerdings waren dort die Hälfte Journalisten. Die Beschäftigten des Bürgerzentrums meinten: „Gestern war eine tote Veranstaltung, heute herrscht das pralle Leben.“

Kein Wunder bei einer Bandbreite von 15jährigen Schülern aus Marzahn bis zu den oben erwähnten Veteranen.

Vor allem in den kleineren Städten gab es eine gute Resonanz in der Presse. In Bremerhaven hatte der dortige Juso-Vor-



Kritik an Scharping und der Verteidigung von arbeitnehmerfeindlicher SPD-Politik wie der Zustimmung zur Post-Privatisierung fand er keine Zustimmung. Die Rostocker SAV konnte daran aber unsere Forderungen nach Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle sehr gut deutlich machen.

Über das Programm, den Weg zum Sozialismus und das Verhältnis zwischen Reform und Revolution wurde auch in Siegen, Köln und beim Jusopflingstcamp diskutiert.

Gewerkschafter begrüßten die Gründung der SAV. In Aachen sagte der Personalratsvorsitzende des dortigen Studentenwerks, Mani Engelhardt, der seit vielen Jahren mit VORAN zusammenarbeitet: „Die VORAN-GenossInnen waren immer ehrlich, kämpferisch und konsequent sozialistisch, sie sind es heute und werden es bleiben.“ Der Beifall

sich hervorragend bewährt.

Bei Konzerten wurden ebenfalls beispielhafte Ergebnisse erzielt. Gerade im Juni und Juli ist die Zeit von Musikfestivals und Open Airs, die wir nutzen können. Wegen Fußball-WM und Sommerferien wird es weniger politische Termine geben. Damit wir nicht ins Sommerloch fallen, müssen wir bestehenden Möglichkeiten besser nutzen – nicht zuletzt unsere WM-Tips.

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen

Rostock

5. 7., 18 Uhr: „Für eine SPD-PDS-Koalition in Rostock, für Arbeitnehmerpolitik“ (gemeinsames Treffen mit Jusos), Doberaner Str. 6, Juso-Cafe, Hinterhof.

Bürgerzentrum „Alte Feuerwache“, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Ebertplatz), 11. 7., Ort und Beginn wie oben, Thema bitte erfragen
Infos unter 0221/134504

Aachen

Infos über Ort und Termine unter 0241/508685

Siegen

OG Siegen-Süd: 6. 7., 19.30 Uhr, „Was will die SAV?“, Kreisgeschäftsstelle der Grünen, Kirchweg, Siegen
Infos bei der SAV-Bundeszentrale

Frankfurt/Main

8. 7., 19 Uhr, Thema bitte erfragen, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
Infos unter 06181/573545

Stuttgart

OG Südwest: 5. 7., 19.30 Uhr, „Erhalt aller Jugendhäuser“, Jugendhaus Heschl, Böblinger Str. 92, (Treffen jeden Dienstag)
Infos unter 0711/622774 (Pablo)
OG Nord: 12. 7., 19.30 Uhr, „Der erzwungene Kapitalismus – Klassenkämpfe in Deutschland 1945-48“, Jugendhaus Zuffenhausen, Bartensteiner Str. 11 (Treffen jeden Dienstag)
Infos unter 0711/2368691 (Ralf)
OG Mitte: Infos unter 0711/602007 (Stephan)

Berlin

OG Nord-West: 6. 7., 19 Uhr: „Frieden schaffen – durch Bundeswehrein-sätze weltweit?“, Linkstreff, Weddingstr. 6 (Moabit), OG Süd: 13. 7., 19 Uhr: „Wem nützt die UNO“, Klub am Kiez, Rodelbergweg 9, S-Bahn Baum-schulenweg,
OG Marzahn: 28. 6.: „Jugend in Marzahn – nur Frust und keine Zukunft?“, 19. 7.: „Arbeit für alle – wie können wir das durchsetzen?“, beide um 19 Uhr im „Kiezklub“, Murtzahner Ring

Bremerhaven

27. 6., 11. 7., jeweils 18.30 Uhr, Themen bitte erfragen, FZH Lehe-Treff, Eupener Str.
Infos unter 0471/200992

Lübeck

Infos über Ort und Termine bei der SAV-Bundeszentrale

Kassel

Infos über Ort und Termine unter 0561/16491

Köln

27. 6., 19.30 Uhr, „Die PDS und ihr Programm – eine echte Alternative?“,

Freiburg

Infos über Ort und Termine unter 07663/4529

... höchste Zeit, selbst aktiv zu werden! Darum möchte ich ...

- weitere Infos über Eure Arbeit.
- Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden ...

... und wir sagen Dir wo es in Deiner Nähe eine Ortsgruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Abschnitt schicken an: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon: 02 21 / 13 45 05

Telefax: 02 21 / 13 72 80

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Essen
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604,
Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Kriminalität von Ausländern

Jeder vierte Tatverdächtige 1991 war ein Ausländer – bei nur 8,5 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Von 1992 auf 1993 hat die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen um fast 20 Prozent zugenommen. Wir zeigen, was hinter diesen Zahlen steckt.

Kanther, REPs und „Focus“ benutzen diese Zahlen, damit Leute „Drogendealer“ und „Mafia“ mit Ausländern identifizieren, um rassistische Gesetze und Abschiebungen zu rechtfertigen.

Allerdings müssen auch sie zugeben, daß die Kriminalität unter den Arbeitsimmigranten, die schon länger in Deutschland leben, niedriger ist als unter Deutschen. Sie schießen sich jedoch auf Flüchtlinge ein. Doch auch diese Statistik sagt etwas anderes als die Regierungspropaganda.

Erstens ist die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer um 9,5 Prozent gestiegen. Außerdem wird verschwiegen, daß 20 Prozent (ca. 80 000 „Tatverdächtige“) eines Vergehens beschuldigt werden, daß Deutsche gar nicht begehen können. Sie haben gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz verstoßen. Bei den AsylbewerberInnen sind dies Vergehen wie Verstöße gegen die Meldepflicht, das Verlassen des Zuständigkeitsbereiches der örtlichen Behörden und Verstöße gegen die Paß- und Visabestimmungen.

Wenn ein Asylbewerber „seinen“ Landkreis verläßt, um in der Stadt billiger einzukaufen, und von der Polizei erwischt wird, wird er flugs ein Teil der Kriminal-Statistik.

Die Flüchtlinge erhalten nicht einmal den Sozialhilfesatz, sondern nur „Sachleistungen“ und 70 DM Taschengeld im Monat. Kein Wunder, daß unter ihnen der Anteil von Kleinkriminalität, vor allem kleiner Ladendiebstahl, relativ hoch ist. Kein Wunder, daß diese Vergehen steigen – proportional zu den Leistungskürzungen von Asylbewerbern.

Die Erhöhung der Straftaten durch AusländerInnen hat nichts mit einer gestiegenen Bedrohung der Bevölkerung zu tun, sondern ist hausgemacht. Auch die Ausländer- und Asylverfahrensgesetze kennen keine Opfer, sondern nur umgangene Paragraphen.

Außerdem ist es sinnlos, die Flüchtlinge mit der deutschen Gesamtbevölkerung zu vergleichen, denn Asylbewerber sind in



Angesichts des Lebens in Heimen und Lagern verwundert eher, wie wenig Flüchtlinge kriminell werden.

erster Linie jüngere Männer, die Gruppe, die auch in der deutschen Bevölkerung am stärksten an Straftaten beteiligt ist.

Wer ist verdächtig?

Auch unter Einrechnung genannter Faktoren ist die Statistik noch nicht zurechtgerückt. Denn sie sagt nichts über die überführten Straftäter aus, sondern über die Verdächtigen. Bei den Verurteilten stellen AusländerInnen einen wesentlich kleineren Anteil als bei den Verdächtigen. AusländerInnen werden von der Polizei eher mal auf der Straße angehalten, zwecks Feststellung der Personalien.

Sowohl bei der Polizeiführung als bei einfachen Beamten sind rassistische Vorurteile weit verbreitet. Was wäre in Magdeburg passiert, wenn die Sache nicht an die Öffentlichkeit gekommen wäre? Dort wären die Afrikaner und Türken, die gegen die Neonazi-Gewalttäter ihr Leben verteidigt haben, Teil der „Tatverdächtigen“-Statistik geworden, während die Nazis davongekommen wären!

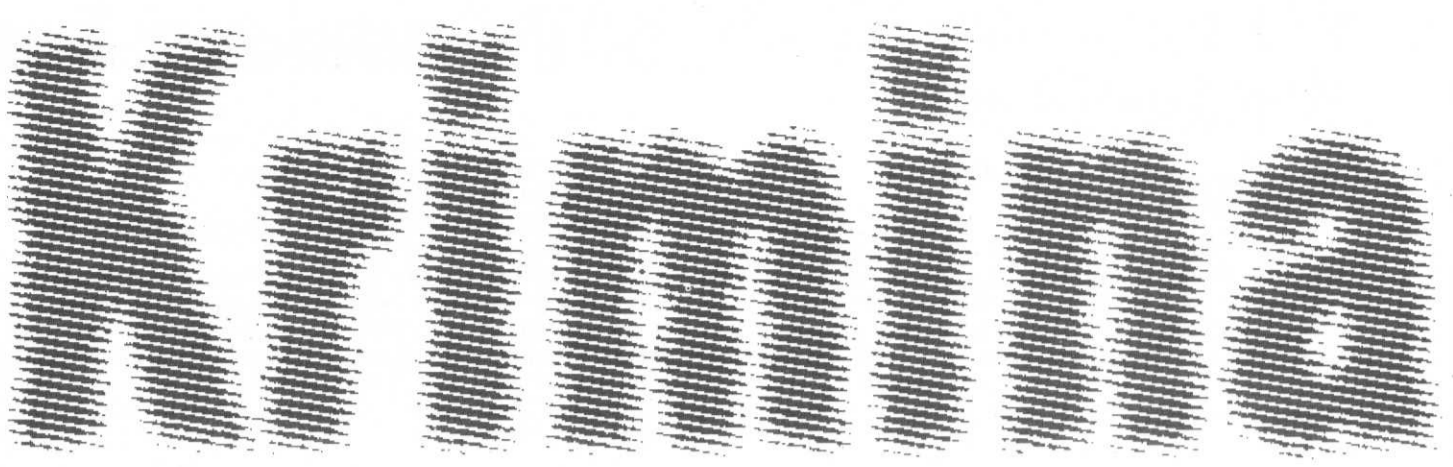
Rassistische Übergriffe

Der Staat beläßt es bei der Kriminalisierung von Ausländern nicht bei Propaganda. Neben Vorfällen wie in Magdeburg sind vor allem polizeiliche Großrazien auf Asylbewerberheim eine Methode, die Flüchtlinge „gefährlich“ wirken läßt. Die Polizei rückt meistens mit mehreren Hundertschaften überfallartig an.

So geschehen am 13. 12. 93 in Diersdorf nahe der polnischen Grenze. Dort stürmten 600 Mann Bundesgrenzschutz mit schußsicheren Westen, schweren Waffen ein Asylheim, hielten die 100 Bewohner fest und zertrümmerten die Einrichtung. Alle wurden fotografiert, jedem die Fingerabdrücke abgenommen. Die Beute: Videorecorder, Geld und unverzollte Zigaretten. Die Logik hinter der Beschlagnahme von Geld und Wertgegenständen: Wer so wenig Geld bekommt wie Asylbewerber, darf eigentlich nichts haben, muß dies illegal erworben haben ...

Die ganze Debatte um „Ausländerkriminalität“ ist ein Teil der rassistischen Kampagne, mit der von den wahren Problemen abgelenkt werden soll.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und eigentlich auch die SPD müßten dagegen halten, die wirklichen Zahlen und Fakten erklären. Doch die SPD hat genug damit zu tun, der von der CDU/CSU geführten Kampagne für den starken Staat hinterherzulaufen.



Panikmache und Lügen von Kohl, Ka

Neben den Horror-Schlagzeilen der Medien scheinen auch die nackten Zahlen der polizeilichen Statistik zu zeigen, daß die Kriminalität steigt. Innenminister Kanther vermeldete einen Anstieg um 7,2 Prozent von 1992 auf 93.

Doch Statistiken kann man deuten. Selbst laut Kanthers

1994). Wegen Lehrgängen und Umstrukturierungen der Polizei wurden viele Fälle nicht bearbeitet, wurden nach 1993 herübergenommen, der Anstieg der registrierten Straftaten im Osten um 30 Prozent basiert in erster Linie auf der gestiegenen Leistungsfähigkeit der Polizei.

Die SPD gab sich in einem Wahlkampf-Spot nicht mit In-

niger von Kriminalität betroffen. 1991 sind 7,5 Prozent der über 60-jährigen in allen Bundesländern Opfer einer Straftat geworden. Die entsprechenden Werte für Menschen unter 60 liegen bei 22,7 Prozent in den östlichen und bei 17,4 Prozent in den westlichen Bundesländern.

Gewalt gegen Senioren darf man nicht verharmlosen: Ältere

mehr ihre Wohnung. Es verstärkt das ohnehin bestehende Problem der Ausgrenzung alter Menschen. Aber das dient den Konservativen als Zugmaschine, um für den „starken Staat“ zu werben.

Weniger Gewalt

Bei der Kriminalitäts-Propaganda versuchen ihre Betreiber vor allem, Bedrohungsszenarien in die Köpfe zu hämmern, die Bevölkerung soll die Vorstellung bekommen, daß die körperliche Gewalt an der Straßenecke lauert.

Doch die Gewaltkriminalität ist zurückgegangen. Das Risiko einer schweren Körperverletzung ist gesunken, ebenso das einer Vergewaltigung (Vergewaltigung in der Ehe ist ein anderes Thema, wird aber durch polizeiliche Statistiken ohnehin nicht abgedeckt).

Jeder Einzelfall ist schlimm genug. Die Angst jedes Menschen, der überfallen oder dessen Wohnung ausgeraubt wurde, ist berechtigt. Doch das ändert nichts daran, daß es keinen Anstieg von Gewaltdelikten gegeben hat!

Über 60 000 Kinder werden jährlich im Straßenverkehr verletzt. 6000 Menschen sterben dabei jedes Jahr. Dennoch ist die Angst vor Gewaltverbrechen

Mehr Straftaten, mehr Opfer?

Zahlen ist die Kriminalität im Westen kaum gestiegen, der „dramatische Anstieg“ bezieht sich auf Ostdeutschland.

Doch das Bundeskriminalamt (BKA) nennt die Gründe, die natürlich nicht bei BILD auf der Titelseite stehen: „Durch organisatorische, erfassungs- und programmtechnische Probleme sind die Werte für das Berichtsjahr 1992 zu niedrig ausgefallen, so daß sie keine brauchbare Basis für einen Vergleich mit den Daten des Berichtsjahres 1993 bilden.“ (nach SPIEGEL, 24/

terpretation der Statistik zufrieden, sondern fälschte sie schlicht: Einen 95prozentigen Anstieg der Raubüberfälle errechnet man, wenn man vorher nur Westdeutschland zählt und dann die fünf neuen Länder einfach dazurechnet.

Ängste von Senioren

Mit der Kriminalitäts-Kampagne versuchen Medien und Parteien vor allem an den Ängsten älterer Menschen anzusetzen. Doch ältere Menschen sind we-

Menschen sind verletzlicher und leiden stärker als junge Menschen unter körperlichen, seelischen und finanziellen Schäden.

Aber gerade das macht die Panikmache der Regierung und der mit ihr verbundenen Boulevardpresse durchschaubar. Den Alten wird eine gestiegene persönliche Bedrohung vorgegaukelt, die sie zu erhöhten Vorsichtsmaßnahmen treibt. Sie meiden gewisse Gegenden, benutzen abends keine öffentlichen Verkehrsmittel oder verlassen nach Einbruch der Dunkelheit nicht

Krieg gegen die

Ladendiebstahl, Einbrüche und andere Eigentumsdelikte haben zwar zugenommen. Doch die Gründe dafür sind klar – und werden durch schärfere Gesetze und mehr Polizei nicht verschwinden.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit der Jugendlichen sind die Krankheiten, gegen deren Symptome ins Feld gezogen wird. Der Kriminologe Christian Pfeiffer nennt im SPIEGEL die wachsende Armut als Hauptursache für den Anstieg von Straftaten. „Armut allein wäre für die meisten noch kein Problem. Wenn aber gleichzeitig die sozialen Netzwerke zusammenbrechen, die einen im Alltag stützen ... dann wird es kritisch.“

Jedes elfte Kind wächst bei Eltern auf, die von Sozialhilfe abhängig sind. Immer mehr junge Menschen sind obdachlos. Die Zahl der Tatverdächtigen ohne festen Wohnsitz stieg von 38 000 auf über 110 000, die von drogenabhängigen Menschen begangenen Straftaten verdoppelten sich von 1989 bis 1992 von 81 000 auf 171 000.

Die Reichen sind durch die Umverteilung dieser Regierung von unten nach oben zahlenmäßig weniger geworden, doch da-

für teilen sich die wenigen ein Mehr an Reichtum. 85 Menschen haben 249 Milliarden DM auf der hohen Kante. Die Mittel wären also da, um durch öffentliche Investitionsprogramme Arbeitsplätze zu schaffen, Wohnungen zu bauen und neue Kindergartenplätze zu finanzieren.

Immer mehr Armut

Doch immer mehr fallen durchs soziale Netz. Eine Mil-

lion Wohnungssuchende gibt es in Deutschland, 100 000 Menschen leben auf der Straße, 6 Millionen sind arbeitslos, davon immer mehr länger als ein Jahr.

Lösungen bieten Regierung und Staat nicht. Eine Entkriminalisierung von Drogenabhängigen, die diese vom Zwang zur Beschaffungskriminalität befreien würde, lehnt die Regierung ab. Weitere Angriffe auf Rechte und Einkommen der ArbeiterInnen, der Arbeitslosen und Sozi-

alhilfeempfänger werden mehr Menschen in die Armut treiben.

Stattdessen setzt die Regierung auf „law and order“, um Proteste und zukünftige Unruhen von unten in den Griff zu bekommen.

USA: „law and order“

Das Beispiel USA zeigt, daß eine härtere Polizei, drastische Strafen und mehr Gefängnis die Kriminalität nicht einschränken, sondern verschärfen. Seit An-

Sozialistische Alternative

Um Kriminalität zu bekämpfen, reicht es nicht, Arme, Arbeitslose und Obdachlose „sozialarbeiterisch“ zu betreuen, hier ein Jugendzentrum zu bauen und dort einige Wohnungen.

Verbrechen sickert von oben, durch Ausbeutung, Spekulation und Korruption in die Gesellschaft, ist die Kehrseite der Produktion für den Profit.

Eine sozialistische Demokratie, in der die Mehrheit der Menschen bestimmt, ist notwendig, um die Wurzeln des Verbrechens ebenso wie die von Rassismus, Sexismus und Drogenabhängigkeit zu bekämpfen.

Doch schon der Kampf für eine andere Gesellschaft, das politische Bewußtwerden und Sich-Organisieren breiter Schichten der arbeitenden Klasse verhindern Verbrechen. In

den USA gingen während der großen Streiks in den Dreißigern und der Bürgerrechtsbewegung der Sechziger die Verbrechen zurück, weil die Menschen für ein würdiges Leben für alle kämpften. Während der russischen Revolution 1917 wachten politisch bewußte Arbeiter im demokratischen Sinn über Sicherheit und Ordnung. Der Polizeichef von Oakland/Kalifornien mußte 1946 berichten, daß während des Generalstreiks „das Verbrechen zum Erliegen kam“.

Unter den Unterdrücktesten in den Gefängnissen der USA und in den Ghettos gibt es immer mehr Häftlinge und Gang-Mitglieder, die sich politisieren, die Verbrechen als Ausweg ablehnen, die Notwendigkeit einer Revolution und die politische Organisation als zentrale Aufgabe erkennen.



ther und Scharping

größer als vor dem Tod auf der Straße.

Der Anstieg der Straftaten im Westen ist auf Bagatelldelikte wie Schwarzfahren, Ladendiebstahl unter 100 DM, Urkundenfälschung und Verstöße gegen

eingesetzt, die mit mehr technischer Ausstattung vorgehen.

Und wenn die Regierung den finanziellen Schaden durch Straftaten begrenzen will, was macht sie gegen Steuerhinterziehung, gegen Schneider, gegen

Die SAV kämpft für:

- ★ **Nein zur Strafrechtsverschärfung und Aufrüstung der Polizei**
- ★ **Abschaffung der diskriminierenden Ausländergesetze, gleiche Rechte für alle**
- ★ **Menschenwürdiges Wohnen und soziale Grundsicherung für alle**
- ★ **Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten, Hilfe statt Strafe**
- ★ **Eine sozialistische Gesellschaft, frei von Armut und Unterdrückung**

Asyl- und Ausländergesetz zurückzuführen. Diese Straftaten mögen zwar finanziell Schaden anrichten, aber Opfer im Sinne der Regierungspropaganda gibt es dabei nicht.

Dazu kommt, daß auch die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) nicht klärt, inwieweit die Zahl der Taten gestiegen ist oder inwieweit mehr Leute erwischt wurden. In vielen Städten werden massiver U-Bahn-Kontrollleure und Kaufhausdetektive

Politiker-Korruption?

Im Westen machen die Bagatellfälle ohne Opfer rund 90 Prozent des Anstiegs aus. Ohne sie gibt es einen Zuwachs von 0,3 Prozent – bei einem größeren Bevölkerungszuwachs.

Alle Artikel von Claus Ludwig, Köln und Martin Korte, Bremerhaven



„Raubüberfälle: plus 95 Prozent. Immer mehr Menschen haben Angst ... Organisiertes Verbrechen ... das wird immer schlimmer anstatt besser“, so ein SPD-Wahlkampfspot. Die Rechsextremen reden von „multikrimineller Gesellschaft“, Kohl und Kanther meinen, ohne Strafrechtsverschärfungen und mehr Macht für die Polizei sei das Problem nicht mehr in den Griff zu bekommen.

Wir meinen: Das ist kalkulierte Panikmache

Schärferes Strafrecht gegen Nazis?

Nazi-Übergriffe werden gerne als Argument für Gesetzesverschärfungen benutzt. Die Strafen für Körperverletzung und Landfriedensbruch sollen erhöht, das Jugendstrafrecht verschärft, Verdächtige länger festgehalten und Leute zum Beispiel vor Demonstrationen in Vorbeugehaft genommen werden können.

Schon heute werden geltende Gesetze nicht gegen Nazis angewandt. Auf Brandsätzen auf Flüchtlingsheime folgen oft nur Anklagen wegen Landfriedensbruch oder versuchter Brandstiftung, nur in seltenen Fällen wegen Mordversuchs. Nach der Magdeburger Ausländerjagd wurden Randalierer freigelassen, weil man ihnen „nichts nachweisen“ konnte. Darunter ein bekannter Neonazi, Teilnehmer des Überfalls, bei dem Torsten Lamprecht erschlagen wurde.

Die in den Siebziger Jahren zur Bekämpfung des „politischen Extremismus“ eingeführten „Anti-Terror-Gesetze“ werden gegen Rechts nicht angewandt. Der Paragraph 129 a Strafgesetzbuch, „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, der eine totale Überprüfung des Umfelds der verdächtigen Person und eine Einschränkung der Rechte eines Häftlings erlaubt, wurde gegen Linke in den letzten Jahren häufiger eingesetzt – obwohl „linksterroristische Delikte“ weniger geworden sind. 1990 gab es 1 Verfahren gegen Rechte (1991: 5, bereits eingestellt), 146 gegen links (1991: 191), 1992 – im Jahr der Rostocker Pogrome – gab es 4 Verfahren gegen Rechte.

Verfahren gegen Linke wurden zum Teil wegen Sprayens von RAF-Parolen oder wegen der Unterstützung des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen eingeleitet.

Gegen Nazis wurden 129a-Verfahren mit den absurdesten Begründungen eingestellt. Der Bundesgerichtshof hob die Haftbefehle gegen Mitglieder der „Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg“ wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung auf, weil „der Bestand und die Aktivitäten der Gruppe ausschließlich vom Willen einer Führungspersonlichkeit abhängen“. Daß heißt, daß Nazi-Gruppen nicht unter die harte Strafgesetzgebung fallen, weil sie ihren kleinen Adolf haben!

Dieser Staat, seine Polizisten und Richter hätten das gesetzliche Instrumentarium, um Nazi-Gruppen effektiv zu zerschlagen. Es wird aus politischen Gründen nicht angewandt. Das wäre bei weiteren Verschärfungen dasselbe.

Der Feind steht für den bürger-

lichen Staat links. Strafrechtsverschärfungen würden Linke und Ausländer zu spüren bekommen. Heute kann sich nie-



Das geltende Recht wird nicht gegen Nazis angewandt. Wen würden die geplanten Verschärfungen treffen?

mand den Nazis entgegenstellen, ohne von Polizei und Justiz mit diesen als genauso extremistisch in einen Topf geworfen zu werden – und beim Umrühren dann häufiger als die Nazis den Löffel an den Kopf zu bekommen.

Armen

fang der 80er wurde dort die Zahl der Gefängnisinsassen auf 1 Million verdoppelt, ohne daß die Verbrechensrate sank. Die Häftlinge kommen aus den Slums der Großstädte, sitzen dort wegen ihrer perspektivlosen Situation. Ein Viertel der US-amerikanischen Jugendlichen wächst in Armut auf, der Durchschnittslohn der 19jährigen liegt unterhalb des offiziellen Existenzminimums.

Der Knast macht viele erst zu dem, weshalb sie angeblich eingesperrt wurden. Eine abschreckende Wirkung durch harte Strafen wie die Todesstrafe gibt es nicht. Die Verbrechensentwicklung in den US-Bundesstaaten ohne Todesstrafe unterscheidet sich nicht von den Staaten, wo die Todesstrafe gilt.

Das einzige, was das US-Knastsystem beweist, ist der Rassismus des US-Staates: die Möglichkeit, daß ein schwarzer Häftling hingerichtet wird, ist doppelt so hoch wie bei einem Weißen. 85 Prozent aller männlichen Erwachsenen in Washington DC wurden schon mindestens einmal von der Polizei festgenommen.

Waffengleichheit?

Deutsche „Rechts“politiker

fordern die „Waffengleichheit“ für die Polizei. Dazu sollen bessere Ausstattung, der Lauchangriff und der Einsatz von verdeckten Ermittlern gehören, die auch Straftaten begehen dürfen sollen. Schäuble auf dem CDU-Parteitag: „Es macht keinen Sinn, die Polizei mit Pfeil und Bogen gegen mit Maschinengewehren und Panzern bewaffnete Verbrecher in den Einsatz zu schicken.“

Auch hier zeigt die Erfahrung der USA, was passiert. Im „Drogenkrieg“ wurden die Befugnisse der US-Polizei erweitert. Ergebnis: Polizisten sind so tief wie noch nie in Korruption, Erpressung und Drogenhandel verstrickt. Die Wirklichkeit ist anders als in „Miami Vice“, wo Crockett und Tubbs, die trotz Ferrari und Verhandlungen mit Großdealern ehrliche Bullen bleiben.

In Deutschland gibt es zwar noch keine Statistiken über Polizeikriminalität, aber es häufen sich Presseberichte über Teilnahme von Beamten an Straftaten gegen AusländerInnen oder Verbindungen mit Dealer und Zuhältern. „Im repressiven Extremfall entwickelt sich Repression zur Kriminalität.“ (Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten)

Organisierte Kriminalität

„Zerschlagt die Mafia ...“?



CSU-Boss Strauß und sein Unternehmerfreund Zwick. Sie begründeten die berühmte bayrische Amigo-Tradition.

Beim Thema „Mafia“ haben viele dank freundlicher Unterstützung von CDU und BILD Bilder von polnischen Autoschieberbanden und libanesischen Hütchenspielern vor Augen. Mafia, das ist irgendwas im „asozialen“ Milieu. Finden sich drei zusammen und verabreden einen Bruch, kann man sich daraus leicht eine Mafia basteln.

Doch in einer hochorganisierten

kapitalistischen Gesellschaft ist natürlich auch das Verbrechen organisiert. Das Heimatland des Begriffes Mafia, Italien, zeigt, was die Besonderheit von Mafia und „Organisiertem Verbrechen“ ausmacht: Die Verschmelzung von erfolgreichen Verbrecherguppen mit der legalen Wirtschaft, mit Banken, Unternehmern und Gruppen im Staatsapparat, bei Polizei, Justiz und in der Regierung und die Verfestigung der Mafia als ein

normaler Teil der herrschenden Klasse.

Ein großer Teil der früheren Regierungsbeamten sitzt heute in Haft, Ex-Staatschef Andreotti wird als Hauptverbindungs-mann der Mafia verdächtigt. An den mafiosen Strukturen hat dies nichts geändert, der von Obergangster und „Sozialisten“-Chef Craxi geförderte Medien-Unternehmer Berlusconi ist heute Regierungschef.

Auch in Deutschland hören wir täglich Meldungen, die uns zeigen, was eigentlich bekämpft und zerschlagen gehört:

- Bonzen wie Schneider, die ohne große Probleme Milliarden in den Wind hauen können und dann von der Deutschen Bank Flüchtlingshilfe in Millionenhöhe erhalten – ein wahrer Wirtschaftsflychting, der sich gerne selbst „abschob“

- In Deutschland werden jedes Jahr 130 Milliarden an Steuern von Unternehmern der Staatskasse vorenthalten
- Die ganzen „Amigos“, die Politiker und Funktionäre, die von Unternehmern Geld erhalten, um Firmeninteressen durchzusetzen

Allein der Drogenmarkt wirft jährlich über 600 Milliarden Dollar Gewinn ab. Das Geld

verschwindet an der Nahtstelle zwischen legalem und illegalem Handel, auch in deutschen Banken.

Der Markt für alle Arten von Müll ist der zweitgrößte der Welt. In Deutschland wird mit Müllexport in Länder der „Dritten Welt“ sehr viel Profit gemacht. Die Regierung kann und will dies nicht verhindern, die Müllausfuhr geht munter weiter.

Da der deutsche Kapitalismus bisher relativ wirtschaftlich stabil war, ist die Mafiasierung von Staat und Wirtschaft nicht so weit fortgeschritten, überwogen die legale Wirtschaft und die Kontrollmechanismen der bürgerlichen Demokratie.

Doch mit der Rezession, der ein schwächlicher Aufschwung und eine weitere tiefe Krise folgen werden, wird auch der deutsche Kapitalismus zunehmend mafiose Strukturen bekommen. Dies ist heute in der Art zu sehen, wie Unternehmer Ostdeutschland „erobert“ haben.

Kapitalismus in der Krise heißt Verbrechen von oben: In Rußland entsteht zur Zeit keine normale bürgerliche Klasse, sondern eine „Raubritter-Kapitalistenklasse“ aus alten Bürokraten und neuen Emporkömmlingen.

Vorbild Clinton?

Clintons Reform der kläglichen Reste des Sozialstaates ist teils verschwommen, teils konkret. Verschwommen sind die Verbesserungen bis zum Jahr 2000, konkret die Kürzungen von Sozialhilfe!

Unterstützung für junge, ledige Mütter soll auf zwei Jahre begrenzt werden. Danach sollen die Sozialhilfeempfänger vom Staat vermittelte befristete Jobs annehmen müssen, um ihre Unterstützung weiterhin zu erhalten. So wird die unterbezahlte, unversicherte Gelegenheitsarbeit, ohnehin ein Großteil der neuen Arbeitsplätze, weiter verstärkt. Mütter unter 18 sollen zudem gezwungen werden, bei ihren Eltern zu bleiben, selbst sozialhilfeabhängige Väter sollen verschärft zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden.

Bekommt Kohl trotz mangelnder Englisch-Kenntnisse Wind von diesen Plänen, wird er Clinton schnell nacheifern.

Brasilien: Arbeiterführer ermordet

Die brasilianische Rechte wird angesichts des möglichen Wahlsieges der Arbeiterpartei (PT) im Herbst nervös und greift zu brutalen Methoden. Mitte Juni wurden vier Aktivisten der Arbeiterbewegung offensichtlich von bezahlten Killern ermordet. Neben zwei Mitgliedern der PT wurden auch zwei Aktive der PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei), einer Partei links von der PT, ermordet.

Rosa Hernandes war ein Zentralkomitee-Mitglied der PSTU und Führerin der LandarbeiterInnen der Region Sao Carlos. Jose Luis war Vertreter der Hochschul-Beschäftigten, die bis zur Woche einen landesweiten Streik führten.

Sie wurden mit Kopfschüssen getötet. Die Polizei schloß Raubmord aus. Die Kaltblütigkeit der Morde in Form einer Exekution weist klar auf professionelle Mörder hin. Die Gleichzeitigkeit mit den Morden an den PT-Aktiven läßt die Handschrift der politischen Rechten erkennen.

In Brasilien gab es in den vergangenen Jahren sowohl Todesschwadronen, die Straßenkinder im Auftrag von Geschäftsleuten morden, die die Einkaufsstraßen „säubern“ wollen als auch gezielte Morde wie an dem Umweltschützer und Landarbeiterführer Chico Mendes.

VORAN fordert alle LeserInnen auf, die sofortige volle Aufklärung der Morde zu verlangen. Alle Schreiben sollten geschickt werden an:

Gouverneur des Staates Sao Paulo
Sr Lusí Antonio Fiery
Palacio dos Baneirantes
Morumbi, Sao Paulo
Kopien an:
PSTU (Sao Paulo), Fax
00 55 11 5756093

Weitere Informationen über die SAV-Bundeszentrale: 02 21/13 45 04 oder Fax 02 21/13 72 80

Euro-Wahlen in Britannien

Erfolg für Militant Labour

Das schlechteste Ergebnis seit 1832. Das waren die Europa-Wahlen für die Tories. Die Regierungspartei bekam 27,8 Prozent. Immerhin wurde sie zweitstärkste Partei im Gegensatz zu den Kommunalwahlen im Mai, wo sie hinter den Liberalen landeten.

James Long, Militant Labour, London

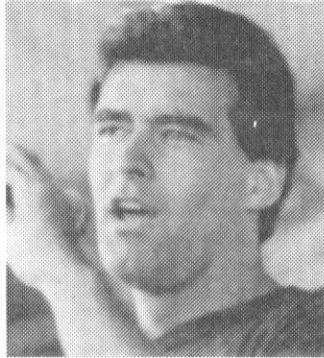
Doch der große Sieg für Labour, 45 Prozent, heißt nicht, daß die Ablösung der Regierung gesichert ist. Auch der Vorsprung bei der Europa-Wahl 1992 war bei der Parlamentswahl dahin.

Doch seitdem hat sich viel verändert. Die Konservativen hatten im April 92 mit Steuersenkungsversprechen gewonnen. Dann haben der Zusammenbruch der Währung am „Schwarzen Mittwoch“ im September 92, die lange Rezession und letztlich die Steuererhöhungen in diesem Jahr Majors Regierung zur unpopulärsten in der britischen Geschichte gemacht.

Kein Enthusiasmus für Labour

Die Labour-Führung hat keine

Alternativen zur Regierung. Major pöbelte gegen Bettler und rief die Leute auf, die Polizei zu holen und alle Bettler festzunehmen – was die Frage nach Gründen der gestiegenen Bettlei aufwarf: z. B. die Abschaffung



Militant Labour Kandidat Tommy Sheridan

der Sozialhilfe für 16- und 17jährige durch die Tories.

Die Liberalen wollen diese Hilfen wieder einführen. Doch die Labour Party schreckte vor dieser „radikalen“ Forderung zurück und will „die Situation untersuchen“.

„Keine Versprechungen zu machen, die wir nicht halten können.“ lautet die Labour-Devise. Dabei akzeptieren sie die

Marktwirtschaft, trauen sich nicht, den Kapitalismus anzugreifen und enden dabei, alles aus ihrem Programm zu schmeißen, was „zu teuer“ ist.

Blair, der neue Vorsitzende, hat sich sogar geweigert, das Langzeit-Ziel der Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf 2,5 Prozent zu akzeptieren, war aber stolz darauf, der Regierung eine Erweiterung der Polizei-Befugnisse vorgeschlagen zu haben.

Das Versagen der Labour-Führung, konkrete Reformen anzubieten, hat eine schwierige Situation geschaffen. Einerseits gibt es sowohl in der Arbeiterklasse als auch bei den Mittelschichten den brennenden Wunsch, Major loszuwerden. Andererseits gibt es auch Frustrationen über den Mangel an Radikalität von Labour und bei Arbeitern Wut darüber, daß die Partei zu einer kleinbürgerlichen Organisation im Stile der US-Demokraten umgewandelt wird.

Deswegen wurde 1993 Militant Labour gegründet (ML). Deswegen hat Militant Labour Erfolge gehabt. In den Kommunalwahlen im Mai kandidierte ML in 31 Wahlkreisen, gewann dabei bis zu 34,2 Prozent und bekam nur in zwei unter 5 Pro-

zent. Nicht schlecht für eine neue politische Kraft.

Dritte Kraft in Glasgow

Bei den Europawahlen kandidierte ML in Glasgow, Schottlands größter Stadt und wohl eine der radikalisiertesten Städte

begonnen, sich in der Arbeiterklasse in einer Reihe von wichtigen Regionen zu verankern.

Ihre Wähler wollen einen Kampf gegen die Tories und sehen Sozialismus als eine Alternative an.

Auch wenn bei einer Parlamentswahl viele wieder Labour

Die Wahlergebnisse in Glasgow:

Labour:	52,6 Prozent
SNP:	25,6 Prozent
Militant Labour:	7,6 Prozent
Tories:	6,8 Prozent

Britanniens. Der Kandidat Tommy Sheridan gewann trotz Mehrheitswahlsystem 7,6 Prozent, 12 113 Stimmen.

In Schottland, und in etwas geringerem Maße in Wales, gibt es die steigende Gefahr, daß Frustration mit Labour zu einer Stärkung der Nationalisten führt. Bei dieser Wahl stieg der Anteil der schottischen Nationalisten von 11 auf 32,6 Prozent.

Militant Labour versucht, den von Labour enttäuschten Arbeitern und Jugendlichen eine sozialistische Alternative anzubieten. Die Organisation hat

wählen würden: Sie haben gezeigt, daß sie Labours jetziges Programm ablehnen und bereit sind, eine marxistische Organisation zu wählen.

Ob Labour die nächsten Wahlen verliert oder wegen des Hasses auf die Tories gewinnt, um dann die Wähler durch rechte Politik zu enttäuschen: Die wachsende Unterstützung für das Programm von Militant Labour bedeutet, daß die Labour-Führung einer stärkeren Opposition von links gegenüberstehen wird.

Krieg im Jemen

Seit Anfang Mai tobt im Jemen ein mit Panzern, Flugzeugen und Scud-Raketen geführter Krieg. Hunderte sind bisher gestorben. Um die Ursachen dieses Krieges zu verstehen, muß man einen Blick in die Geschichte des Jemens zu werfen.

Martin, Kassel

Bis 1990 war der Jemen in zwei Staaten geteilt. Im Südjemen entstand nach dem Sturz der britischen Kolonialherrschaft die Demokratische Volksrepublik Jemen. In einem der ärmsten Länder der arabischen Halbinsel gelang es, die Scheichs zu entmachten, eine Agrarreform durchzuführen und die Industrie zu verstaatlichen. Die geplante Produktion ermöglichte es, das Gesundheits- und Erziehungswesen massiv auszubauen. Im Zuge dieser Entwicklung war die Emanzipation der Frau im Südjemen weiter vorangeschritten als in den Nachbarstaaten.

Allerdings war der Südjemen auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen, die die Entwicklung hin zu einer sozialistischen Demokratie hemmte. Eine stalinistische Bürokratie

setzte sich fest.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sah die südjemenitische Regierung in der Vereinigung mit dem Norden die einzige Chance, die Isolation und den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu überwinden und ihre Herrschaft zu retten.

Widersprüche zwischen Nord und Süd

Im kapitalistischen Norden, der stark islamisch geprägt ist, herrscht eine Clique von Militärs, die durch die Vereinigung Zugriff auf die besser ausgebildeten Arbeitskräfte des Südens und die dort gelegenen Ölquellen erhalten wollte, ohne die reaktionären mittelalterlichen Gesellschaftsstrukturen aufzugeben und die Herrschenden aus dem Süden mit an die Fleischtöpfe zu lassen.

In den vier Jahren der Einheit kam es immer wieder zu Konflikten, insbesondere zwischen den beiden Armeen. Seit 1993 ist die Regierung faktisch geteilt. Nachdem es den Machthabern im Norden nicht gelang, den Südteil des Landes unter ihre Kontrolle zu bekommen und dieser sich abspaltete, be-

gannen sie den offenen Krieg.

Die anderen Staaten der Region mischen mit. Der Norden erhält Unterstützung von den fundamentalistischen Regimes des Irans und des Sudan sowie vom Irak, der Süden von den Golfmonarchien und Saudi-Arabien, die auf Zugriff auf die jemenitischen Ölvorkommen, vor allem die neu entdeckten im Süden, hoffen.

Mit der freiwilligen Vereinigung hat die herrschende Bürokratie des Südens die Verteidigung von Staatseigentum und Planwirtschaft aufgegeben, die Wiederherstellung des Kapitalismus zugelassen. Auch sie ist eine bürgerliche Fraktion, die die erneute Abspaltung aus Profitinteressen vollzieht. Sie spielt keine fortschrittliche Rolle.

Die beiden Regimes und ihre Bündnispartner lassen die Arbeiter und Bauern Jemens für ihre Profit- und Machtinteressen bluten. Diese haben im Krieg nichts zu gewinnen. Ein Sieg des Nordens würde bedeuten, daß sich ein weiteres undemokratisches und fundamentalistisches Regime etablieren könnte und die demokratischen Rechte, zum Beispiel die Rechte der Frauen zerstört würden.



Brennende Öltanks bei Aden

Aber auch die Herrschenden im Süden sind bei weitem keine Garanten für den Erhalt der letzten übriggebliebenen Errungenschaften der Planwirtschaft. Als „verlängerter Förderturm“ Saudi-Arabiens würden auch sie demokratische Rechte abbauen. Eine wirkliche Lösung dieses

Konfliktes im Sinne der Massen im Jemen kann nur erreicht werden, indem diese ihre Machthaber stürzen, den Krieg beenden und mit dem Aufbau eines wirklichen demokratischen und sozialistischen Systems auf der arabischen Halbinsel beginnen würden.

SCHREIBT UNS! Briefe an die Redaktion Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Noch einmal:

„Schindlers Liste“

„Schindlers Liste“, von Rechten als „zionistisches Machwerk“ verteufelt, von bürgerlichen Medien als „Überfilm“ entstellt und in einem Artikel in der VORAN Nr. 161 als „ärgerlicher Hollywood-Schinken“ runtergemacht, gab mir den Anlaß für einen zusätzlichen „Pro-Spielberg-Leserbrief“.

Die Drehbuchgrundlage für Spielbergs „Schindlers Liste“ war der gleichnamige Roman von Thomas Kennealy. Damit war die Rahmenhandlung vorgegeben und konnte nicht den Anspruch der historischen Aufarbeitung des Holocaust haben. Mittels brillanter Drehtechnik, Dramaturgie und Starbesetzung wurde dieser Film zu einem Erfolg, den er auch verdient hat.

In bewundernder Weise ist es Spielberg gelungen, den Zuschauer mit den Sitten und Bräuchen, dem Humor und dem

solidarischen Verhalten der Krakower Juden vertraut zu machen. Daher macht der dargestellte erbarmungslose faschistische Terror den Zuschauer besonders betroffen und nachdenklich. Diese Gewalt kam der Realität sehr nahe und hatte nicht den Unterhaltungswert eines „Actionthrillers“.

Vor allem bürgerliche Medien machen diesen Film zu dem, was er nicht ist, und was er auch selber nicht sein sollte. Der Film, der nur ein Streiflicht auf historische Hintergründe des

Holocaust wirft, wird zu einem überdimensionalen Beitrag der Aufarbeitung der Judenvernichtung in der NS-Zeit gemacht.

Der Held, Schindler, wird zum Vertreter seiner Klasse gekürt und es scheint, daß Kapitalisten und Faschisten in der NS-Zeit grundsätzlich unterschiedliche Rollen gespielt haben.

Fakt ist, daß der blutige Pakt zwischen deutschen Kapitalisten und Faschisten den industriell organisierten Massenmord an 6 Millionen Juden zu verantworten hat. Die Aktionäre von IG

Farben, Siemens, Krupp, Thyssen haben den Krieg überlebt und konnten den größten Teil ihrer riesigen Profite retten, die sie durch die Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge gemacht hatten.

Schindler hat sich dagegen für die Rettung seiner 1100 jüdischen ArbeiterInnen finanziell ruiniert. Oskar Schindler, eine krasse Ausnahme seiner Klasse, vor allem das sollte ein gemeinsames Fazit der Pro- und Contra-Diskussion über diesen Film sein.

Jörg, Berlin



Die jüngsten Wahlerfolge der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) haben auch im Westen ein stärkeres Interesse an der Partei geweckt. Für Sozialisten stellt sich die Frage, ob die PDS eine inhaltliche, programmatische Alternative zum Kapitalismus und zum SPD-Reformismus ohne Reformen hat. Jörn Kroppach nimmt Programm und Praxis der PDS unter die Lupe.

Das Programm der PDS

„Sachzwänge“ oder sozialistische Politik

In der Einleitung des PDS-Programmes heißt es: „Gemeinsam sind wir der Ansicht, daß der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur (...). Wir sind uns daher einig, daß die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muß.“ Und an anderer Stelle: „Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage des menschlichen Überlebens“.

In ihrem Programm stellt die PDS Forderungen auf, die die SPD meist schon vor Jahren über Bord geworfen hat und die wir unterstützen. Darunter sind die Forderung nach Nulltarif im Nahverkehr, Streichung des Paragraphen 218, der 30-Stunden-Woche, öffentlichen Beschäftigungsprogramme, offenen Grenzen und demokratischen Rechten für alle hier lebenden Menschen.

Das PDS-Programm beschreibt mehrfach die Notwendigkeit, das kapitalistische System abzuschaffen, um es durch ein sozialistisches zu ersetzen. Wie dies erreicht werden soll, wird jedoch nicht beschrieben.

Stattdessen werden Reformforderungen aufgestellt. Eine Verbindung zwischen dem sozialistischen Ziel und dem Kampf für Reformen besteht nicht, die Notwendigkeit für die Entmachtung der Kapitalisten und die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterbewegung wird nicht gesehen.

Reformismus gescheitert

Der Weg, durch Reformen zum Sozialismus zu gelangen,

Gysi hofft, den Kapitalismus besser zu managen als die Kapitalisten selbst

ist in der Geschichte schon mehrfach gescheitert. In Chile versuchten die Sozialisten nach ihrem Wahlsieg 1970 den „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ durch schrittweise Reformen. Dies scheiterte am Widerstand der Unternehmer, die durch einen Putsch ihre Entmachtung verhinderten und durch Pinochets Militärdiktatur alle Arbeiterorganisationen zerschlugen.

Auch in Frankreich versagte Anfang der 80er Jahre der Reformismus. Die Sozialistische Partei Frankreichs mit ihrem Vorsitzenden Mitterrand knickte

schon nach wenigen Monaten ein und führte unter dem Diktat der Unternehmer statt Reformen und Verstaatlichungen eine brutale Kürzungspolitik auf dem Rücken der Beschäftigten durch.

Rosa Luxemburg drückte die Unmöglichkeit, durch Reformen den Sozialismus zu erreichen so aus: „Die Idee (...), das sämtliche Meerwasser der Erde in Limonade zu verwandeln, war sehr phantastisch. Allein die Idee (...), das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeiten zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber nicht um ein Haar weniger phantastisch.“ („Reform oder Revolution“).

Natürlich „warten“ Marxisten nicht auf die Revolution und ignorieren den Kampf um Reformen. Im Gegenteil. Es lohnt sich, auch um die kleinste Reform zu kämpfen. Aber im Kapitalismus ist keine erkämpfte Reform sicher. Das Kapital wird immer versuchen, Reformen rückgängig zu machen um ihre Macht und Profite zu sichern. Und im immer brutaler werdenden Konkurrenzkampf werden die Unternehmer und ihre Handlager in den Regierungen immer weniger bereit sein, Reformen zuzulassen.

Das Programm der PDS hat viele gute Ansätze, zieht jedoch nicht die Lehren aus dem Scheitern reformistischer Strategien in den Siebziger Jahren.

Richtung SPD?

Auch wenn viele PDS-Mitglieder ihm durchaus kritisch gegenüberstehen, ist Gregor Gysi der führende Vertreter der Partei. Er und andere Spitzenfunktionäre scheinen den Kampf für

die Entmachtung des Kapitals tatsächlich aufgegeben haben, bevor sie ihn begonnen haben. Im Ingolstädter Manifest schreibt Gysi: „Wir sind weder so blind, daß wir den Markt beiseitigen wollen, noch so pessimistisch, daß wir nicht glauben würden, ihn gestalten zu können.“ Das heißt, den Kapitalismus besser zu managen als die Kapitalisten selbst.

Und wenn das nicht klappt, heißt dies: Scharping. Dann werden auch die guten Reformforderungen, den „Sachzwängen“ zum Opfer fallen.

Auch der Wunsch Gysis, ge-

meinsam mit „aufgeklärten Unternehmern“ in „Krisen den Weg in die Armut, die Reaktion und den Krieg versperren“ zu können (Ingolstädter Manifest), wird sich nicht erfüllen.

Davon abgesehen, daß das Wirtschaftssystem der Unternehmer schuld an Kriegen, Reaktion und Armut ist: Gehen die Unternehmer – mögen sie noch so aufgeklärt sein – ein Bündnis ein, wenn das Ergebnis der Beginn ihrer Abschaffung wäre? Lassen sich die Kapitalisten überlisten? Sie gehen solche Bündnisse nur ein, wenn sie sicher sind, daß das Ziel – der Sozialismus – fallengelassen wurde.

Viele PDS-Politiker sind auf dem besten Wege, die Unternehmer von ihrer Treue zur Marktwirtschaft zu überzeugen. In der Partei gründete sich eine Mittelstandsvereinigung, PDS-Bürgermeister versuchen durch Vergünstigungen und Anreize Unternehmer in ihre Städte zu

locken.

Überall, wo sich Bewegungen entwickeln, wo ArbeitnehmerInnen, Studierende, SchülerInnen und andere um ihre Rechte kämpfen, versucht die PDS zu sein. Mieterinitiativen, Jugend gegen Rassismus in Europa, Frauengruppen, die Kali-Arbeiter in Bischofferode wurden in den letzten Monaten von der PDS organisatorisch und finanziell unterstützt.

Praktische Arbeit

Die PDS hat den Kampf der Bischofferöder Kali-Arbeiter auf allen Ebenen unterstützt. PDS-Aktivisten vor Ort haben bei der Organisation des Hungerstreiks, des Marsches nach Berlin geholfen und bei den Solidaritäts-Komitees mitgearbeitet. Gysi ist als prominenter Redner für die Bischofferöder aufgetreten und konnte viele Sympathien erringen.

Die Rolle der PDS war inso-

fern positiv, als daß sie organisatorische Unterstützung gegeben haben. Doch politisch war das Eingreifen der PDS hinderlich. Gysi hat, das wurde in seinen Reden deutlich, das Mäntelchen nach dem Wind gehängt, nachgeplappert, was die Bischofferöder selbst sagten. „Herr Bundeskanzler, lassen sie endlich zu, daß Bischofferode privatisiert wird.“ (Soli-Tag Bischofferode im August 93).

Anstatt den KollegInnen in Bischofferode zu helfen, die marktwirtschaftlichen Miß-Verhältnisse zu durchschauen und den Kampf voranzutreiben, haben Gysi und die PDS die Bischofferöder in einigen Illusionen bestärkt. Zum Beispiel bei der Hoffnung auf den Unternehmer Peine. Die Vorstellung mancher Bischofferöder, sie würden letztendlich kraft ihrer Argumente siegen, wurde mit dem Verhalten der PDS bestärkt.

Bischofferode ist ein Beispiel für die Begrenztheit der derzeitigen PDS-Praxis. Sie arbeitet als „Anwalt der kleinen Leute“, als Sprachrohr und Mahner im Osten. Sie unterstützt Bewegungen, aber entwickelt sie nicht politisch weiter, trägt keine Klarheit in bezug auf Programm und Strategie in Bewegungen.

Außerdem nutzt die Partei ihre Mitgliedschaft und Unterstützung nicht, um Kampagnen gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Neonazis selbst zu initiieren, reagiert nur auf ohnehin laufende Kämpfe.

Wohin geht die PDS?

In den nächsten Monate wird sich entscheiden, ob sie als Oppositionskraft in den Bundestag einzieht und damit viele Linke, GewerkschafterInnen und Jugendliche ermutigen wird.

Zum anderen wird sich die PDS in vielen Kommunen beweisen müssen. Dort wo sie Bürgermeister stellt, wo sie stärkste Kraft in den Stadtparlamenten ist, wo sie Regierungsverantwortung übernimmt, wird

se zeigen müssen, ob sie nur von Gegenwehr redet oder es mit dem Kampf um Reformen und Sozialismus ernst meint.

Doch nur wenn sie sich nicht wie SPD oder Grüne auf die sogenannten „Sachzwänge“ des Systems einläßt und sich nicht an der Kürzungspolitik beteiligt, wird sie ihre Unterstützung behalten.

Es muß jetzt für alle PDS-Mitglieder darum gehen, Druck auf die Parteiführung auszuüben und gegen eine Anpassung der PDS an die herrschenden Verhältnisse, für eine konsequente sozialistische Politik einzutreten. Das heißt allerdings nicht, daß die PDS reine Opposition bleiben muß, um die „Verlockung“ der SPD-Realpolitik zu vermeiden. Die PDS muß die SPD mit klaren sozialen Forderungen auf allen Ebenen konfrontieren und die Zusammenarbeit auf dieser Grundlage anbieten.

Die *Sozialistische Alternative VORAN* will mit den Mitgliedern der PDS gemeinsam für Politik im Arbeitnehmerinter-



Der PDS-Vorsitzende und Talk-Show-Held Gysi

se kämpfen. Wir unterstützen die PDS-Mitglieder, die sich gegen eine Anpassung an die SPD und für sozialistische Politik einsetzen.

Wir fordern die PDS-Mitglieder, die konsequent für ein sozialistisches Programm für die Arbeiterbewegung kämpfen wollen, sich der SAV anzuschließen und mit uns für die Abschaffung des Kapitalismus zu sorgen – bevor er uns abschafft. ■

Bundeswehr

Gehorsam aus Einsicht?

Sicherheit, Gemeinschaft, Tapferkeit und treues Dienen. Damit wirbt die Bundeswehr in Werbespots und Zeitungsanzeigen. Aber was steckt dahinter?

Innerhalb der Kasernen ist die Verpflegung schlecht, beim Truppenarzt werden die höheren Dienststränge bevorzugt und die Wehrpflichtigen mit einem Sold abgefertigt, der für viele Soldaten gerade reicht, um ihren Frust und ihre Langeweile im Alkohol zu ertränken.

Der „Gehorsam aus Einsicht“ und die „Menschenführung 2000“ sehen so aus, daß die Rekruten gegeneinander ausgespielt werden: Wenn ein Soldat nicht die Leistung bringt, muß die ganze Gruppe dafür Zusatzdienste leisten, wenn eine Gruppe unter der Erfüllungsnorm bleibt, dann der ganze Zug, und so weiter. Dadurch setzt eine „Selbsterziehung“ unter den Rekruten ein.

Dann gibt es noch die Jugendoffiziere, die ideologischen Scharfmacher der Bundeswehr: Sie predigen von Frieden in Freiheit und Sicherheit, von unserer Verantwortung für die Welt und von der bedeutenden Rolle der BW für die innere Sicherheit.

Alles Blödsinn: Wir sollen die



Rekruten im Manöver: „Abenteuer“, Gehorsam, Waffentraining – ganz nach dem Geschmack der Nazis!

Profite einer Minderheit vor der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung schützen. Wir sollen die Freiheit der Unternehmer verteidigen, die sie nutzen, um alle arbeitenden Menschen im In- oder Ausland, auszubeuten und zu unterdrücken.

Warum also nicht Zivildienst leisten? Zum einen, weil es den Bundeswehr-Strategen nur recht ist, wenn der Widerstand gegen die Wehrpflicht verstärkt wird, um so eine Berufarmee aufzubauen, die bedenkenlos die In-

teressen der Kapitalisten im In- und Ausland durchsetzen. Denn unter vielen Wehrdienstleistenden ist man sich einig, Einsatzbefehle gegen Demonstranten, Streikende oder bei Betriebsbesetzungen zu verweigern.

Außerdem gibt es keinen echten Zivildienst, da dieser Ersatzdienst im strategischen Gesamtkonzept der Bundeswehr für Sanitätsdienste oder logistische Unterstützungsdienste enthalten ist, also im Ernstfall Kriegsdienst ohne Waffe ist.

Wir haben uns zum Kampf innerhalb der Bundeswehr entschlossen. Doch kann das nur als ein Anfang verstanden sein, denn im Gegensatz zu den Rechtsradikalen, die in allen Dienstgradgruppen zu finden sind, werden wir bei jeder offeneren Kritik mit Disziplinarstrafen bedroht, und haben bis heute, wo wir diesen Artikel schreiben, im Verborgenen gewirkt.

Wehrdienstleistende Sozialisten

unser standpunkt

REPs am Ende dank CSU?

Zwei Mitglieder der bundesweiten Führung entdecken plötzlich, daß sie in einer Nazi-Partei sind, treten aus und warnen das Wahlvolk. Auch CDU/CSU merken auf einmal, welche rechten Gewalttäter die REPs sind und verbreiten überall die Kunde von REP-Beteiligung an rassistischen Gewalttaten.

Dann der Rausflug aus dem Europa-Parlament mit nur 3,9 Prozent der Stimmen. Kommt jetzt die Demoralisierung der Partei, wird sie die Bundestagswahl auch verzeigen und schließlich verschwinden?

Zwar haben die REPs schlecht abgeschnitten, aber ihre nationalistischen Ideen wurden im Europa-Wahlkampf gestärkt. „Die deutschen Interessen besser vertreten“ – vor wenigen Jahren hätte man die Urheber einer solchen Parole als Rechtsradikale bezeichnet. Diesmal war es der Text eines SPD-Plakates. Die, die jetzt die vor dem Extremismus der REPs warnen, haben sich selbst nach rechts bewegt. Kein Wunder, daß für Schönhuber wenig Platz zur Profilierung bleibt.

Keine Entwarnung!

Doch sind weder die REPs dem Untergang geweiht oder gar die deutschen Nazis insgesamt deutlich geschwächt worden. Sie sind zwar bundesweit gescheitert, haben sich aber regional gefestigt, zum Beispiel mit 7,4 Prozent in Stuttgart. Die REPs bleiben der wichtigste parlamentarische Arm der Nazis.

Wahlniederlagen und innere Krisen sind nichts Neues für die Partei. Ihre Geschichte besteht aus großen Siegen, tiefen Niederlagen und internen Krisen. 1989 wurde sogar Schönhuber selbst ausgeschlossen. Allerdings putschte er sich daraufhin sofort wieder an die Macht und „säuberte“ die Partei von seinen Widersachern.

Die REPs wurden von der Regierung benötigt, um das Klima für die Abschaffung des Asylrechts, für rassistische Hetze und Angriffe auf demokratische Rechte zu schaffen. Sie haben ihre Pflicht und Schuldigkeit getan.

Jetzt kommt es für die herrschende Klasse darauf an, daß CDU und FDP die Wahl gewinnen. Da stören die REPs. Doch zur Vorbereitung neuer Angriffe oder bei zugespitzten sozialen Auseinandersetzungen wird es wieder anders aussehen. Die REPs werden noch einige Male aus der Versenkung geholt werden, wenn es dem Kapital paßt.

Die organisierten harten Neonazis können trotz aller Beteuerungen bürgerlicher Politiker vom „Kampf gegen den Extremismus“ ihre Arbeit fortsetzen. In den letzten Wochen hat es weitere Angriffe auf Ausländer, Wohnungen, Flüchtlingsheime gegeben, einige nur in der Regionalpresse erwähnt. Polizei und Justiz üben noch immer großzügig Nachsicht, stehen daneben oder helfen bei der „Ausländerhatz“ – wie in Magdeburg.

Die bürgerlichen Politiker und ihre inoffiziellen Pressesprecher stellen Anti-REP-Propaganda und Wahlergebnis als wichtigen Schlag gegen die Nazis dar. Doch dies ist Heuchelei. Der Kampf, ob gegen Schlips- und Kragen-Faschisten in den Parlamenten oder gegen die terroristischen Banden muß von uns geführt werden, aufmerksam und mit voller Energie wie bisher.

Kai, JRE-Mitglied, Stuttgart

Solinger V-Mann aufgefliegen

Wer kontrolliert wen?

Ein Jahr nach dem Brandanschlag von Solingen mußte der Leiter der von Rechten besuchten Solinger Kampfsportschule Hak Pao seine Tarnung aufgeben. Schmitt gab zu, im Dienst des „Verfassungsschutzes“ zu stehen, NRW-Innenminister Schnoor bestätigte.

Geert, JRE-Mitglied, Köln

Mit dem Mord an den fünf

Türkinen hat er direkt wohl nichts zu tun, doch zeigen seine gemeinsamen Aktivitäten mit dem stadtbekanntem Neonazi Koch, daß er mit den Ideen sympathisiert. Der Verfassungsschutz wußte über ihn von Übergriffen der Nazis in Solingen. Doch Schnoor behauptete auch nach dem Mordanschlag, es gäbe keine Nazi-Szene in Solingen.

Außerdem hat V-Mann Schmitt offensichtlich seine Kameraden nach dem Anschlag vor

Durchsuchungen gewarnt und verdächtiges Material aus der Kampfsportschule entfernen lassen – mit Duldung von Staatsorganen.

Heute scheint die Linie des Verfassungsschutz noch zu sein, Nazi-Aktivitäten zu kontrollieren. Doch wer weiß, ob der eine oder andere Führungsoffizier nicht längst seine eigenen rechtsradikalen Absichten umzusetzen hilft! Und falls sich das soziale Klima in Deutschland

weiter verschärft, Jugendunruhen oder große Streikbewegungen drohen, könnte der Staat genauso gut bewußt die Nazi-Banden einsetzen, um Bewegungen zu spalten und Protestversammlungen anzugreifen oder linke Gruppen zu überfallen.

Daher fordert die SAV:
★ Auflösung aller Geheimdienste, Sondereinheiten und des Verfassungsschutz
★ Kein Einsatz von verdeckten Ermittlern

Attentat auf Hitler

20. Juli 44: Helden des Widerstands?

Kurz vor dem 50. Jahrestags des gescheiterten Attentats auf Hitler gibt es Ärger um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Ursel Beck, Köln

Bürgerliche Kräfte wollen die kommunistischen Widerstandskämpfer raus haben aus der Gedenkstätte, weil diese für ein „totalitäres“ Regime gekämpft hätten. Geschieht dies nicht, drohen sie für die Gedenkfeier mit Protesten.

Dahinter steckt mehr als der Antikommunismus einiger Reaktionen. Die Auseinandersetzung um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist ein Teil der bürgerlichen Kampagne, die Geschichte umzuschreiben, den Hitler-Faschismus zu relativieren.

Konsequent betreibt dies die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23. 4. 94 im Kommentar zu den italienischen Wahlen: „... eine Mehrheit der italienischen Wähler rückte von der reflexartigen Verurteilung des Faschismus ab und will unterscheiden zwischen dem Guten und dem schlechten damals, in welchem Mischungsverhältnis auch immer.“

Die bundesdeutsche Geschichtsschreibung hat den 20. Juli schon immer gegenüber anderem Widerstand hervorgehoben. Doch die Rechten werden jetzt deutlicher.

Später „Widerstand“

Am 20. Juli 44 versuchte eine Verschwörergruppe hauptsächlich aus der Wehrmacht, Hitler in seinem Bunker „Wolfsschanze“ in die Luft zu sprengen. Das Attentat, ausgeführt von Graf Stauffenberg, mißlang, in der Verfolgungswelle wurden viele hohe Wehrmachtsoffiziere hingerichtet. Sie wurden in der Nachkriegszeit zu „Märtyrern“ hochgelobt.

Doch deren Widerstandsgeist entwickelte sich erst, als sich abzeichnete, daß Deutschland den Krieg verlieren würde. Bis dahin hatten sie das Regime gestützt oder geduldet. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der parlamentarischen Demokratie, aggressive Außenpolitik und der Angriff auf die Sowjetunion, entsprach den Zielen der Konzerne, der Großgrundbesitzer und des Militärs und anderer Teile des Staatsapparates.

Schon 1938 hatten Militärs um die Generäle Fritsch und Beck

mit „Widerstand“ gegen Hitler begonnen. Sie fürchteten, daß Hitler zu schnell zum Krieg dränge. Doch als mit dem „Anschluß“ Österreichs und der Besetzung des „Sudetenlandes“ alles glatt ging, war es mit dem Widerstand vorbei. Ähnlicher Widerstand kam vor dem Frankreich-Feldzug auf und verschwand ebenso.

Retten, was zu retten ist

Erst, als Deutschland vor dem Zusammenbruch stand, die

Deutschlands auf dem Kontinent kann noch erarbeitet werden ... Die beiden angelsächsischen Weltreiche haben wie Deutschland ein Lebensinteresse, daß der Bolschewismus nicht weiter nach Westen vordringt. Nur Deutschland kann den Bolschewismus aufhalten ... Deutschland bedarf einer monarchischen Spitze, die eine stetige Innen- und Außenpolitik gewährleistet. Eine wählbare Spitze vermag dies nicht ...“

Diese Widerständler wollten den Faschismus durch eine

merkt die Statistik 1387 Festnahmen aus der Arbeiterbewegung, 529 aus dem bürgerlichen Lager und einige Christen.

Neben den politischen Arbeitern bekamen einfache Leute die Gewalt des Regimes zu spüren: Soldaten, die nicht morden und sterben wollten und desertierten, Arbeiter, die auf das Regime und den Krieg schimpften und dafür ermordet wurden, Jugendliche, die unter der Diktatur politisch wurden und versuchten, sich abseits der Hitler-Jugend Freiräume zu schaffen und vor



20. Juli 44: Außer zertrümmertem Mobiliar hat der bürgerliche Widerstand wenig zustande gebracht

Nazi-Kriegsführung vom Standpunkt der Kriegsgewinnler-Konzerne und Militärs aus abenteuerlich und gefährlich wurde, schloß sich der bürgerliche Widerstand zusammen, versuchte am 20. Juli 44 die Notbremse zu ziehen. Doch sie hatten weder eine effektive Organisation ihres Putsches noch irgendeine Unterstützung in der Bevölkerung.

Die Denkschrift Goerdelers von 1943, der für den Fall eines erfolgreichen Putsches Reichskanzler werden sollte, beschreibt die Ziele des bürgerlich-militärischen Widerstandes: „Mit den bisher angewandten Mitteln kann überhaupt kein Krieg gewonnen werden. In diesem Krieg hat sich die falsche oberste Führung so weit ausgewirkt, daß es nicht mehr möglich ist, den Kriegswillen der Gegner zu brechen und so zu einem guten Ende zu kommen ... Welche Ziele sind denn noch durch richtiges Handeln erreichbar? Der Bestand des Reichs in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland ... Auch die führende Stellung

„normale“ Diktatur ersetzen, mit den Westmächten einen Separatfrieden schließen und mit ihnen gemeinsam den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion weiterführen. Ihnen soll nun als einziger oder auch nur hauptsächlich gedacht werden?

Arbeiterbewegung

Seit Beginn der faschistischen Machtergreifung haben KPD, SPD und Gewerkschaften die volle Wucht der Nazi-Diktatur zu spüren bekommen. Zehntausende wurden inhaftiert, gefoltert, ermordet. Trotzdem haben Kommunisten und Sozialdemokraten ihren Widerstand bis in die vierziger Jahre durchgehalten und die Hauptlast der Unterdrückung getragen.

Der April 43 war laut Polizeistatistik ein durchschnittlicher Monat. Festgenommen wurden 357 Oppositionelle, davon 223 KPD, 37 andere aus der Arbeiterbewegung und 97 andere Hitler-Gegner – fünf Jahre nach Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Für den April 44 ver-

allem die ins Reich geschleppten Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat es wegen der katastrophalen Politik der KPD- und SPD-Führer nicht geschafft, den Faschismus zu verhindern. Danach konnte keine Widerstandsbewegung aufgebaut werden, die die Nazi-Diktatur hätte stürzen können. Aber bis zum Ende haben einfache, zum Teil sehr arme Menschen dem Regime widerstanden, die Produktion sabotiert, Flüchtlinge versteckt.

Innen muß gedacht werden, nicht den gescheiterten Imperialisten des 20. Juli – auch wenn in bürgerlichen Kreisen einige persönlich ehrliche Leute gewesen sein mögen.

Der rechte Vorstoß um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Auftritt Kohls dort am 20. Juli sind Gelegenheiten, gegen die ideologische Lüge vom bürgerlichen Widerstand vorzugehen und klarzustellen, wer wirklich gegen das Regime gekämpft hat.

antifa notizen

JRE-Mitglied in Holland von Abschiebung bedroht

Das Nachbarland dient gerne als liberales Vorbild für Deutschland. Doch auch dort fordern inzwischen nicht nur rechtsextreme Parteien eine Verschärfung der Asylgesetze.

Timm, JRE-Mitglied, Köln

Antonio, geboren in Guinea-Bissau soll abgeschoben werden, weil seine vor fünf Jahren geschlossene Ehe mit einer Niederländerin in die Brüche ging und das Justizministerium keinen Grund mehr für eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung sieht. Zudem will seine ehemalige Frau nicht für ihre gemeinsame, 4-jährige Tochter sorgen, die laut Gesetz bleiben dürfte.

Guinea-Bissau ist nicht nur eines der ärmsten Länder der Welt, mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 38 Jahren, es wird zudem von einer Diktatur beherrscht. Schon allein die Tatsache, daß Antonio im Ausland studiert hat, läßt ihn für das Regime verdächtig er-

scheinen.

Antonio hat eine diplomatische Ausbildung und spricht neben Spanisch und Portugiesisch fünf afrikanische Sprachen.

Ende 1993 wurde den Behörden zufällig bewußt, daß Antonios Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen war. Er wurde nicht nur verdächtigt, als illegaler Einwanderer ebensolche zu verstecken, die Polizei wollte ihn zudem daran hindern, Spenden für seine Prozeßkosten zu sammeln, was dann JRE für ihn übernommen hat.

Die SAV und JRE meinen: Diese menschenverachtende Abschiebung muß verhindert werden! Da das entgültige richterliche Urteil jederzeit gefällt werden kann, schickt Euren Protest noch heute an:
**Ministerie van Justitie
Schiedeldockshaven 100
NL-2511 EX Den Haag
Nederland
Kopie an:
JRE – Jongeren tegen Racisme
P.O. Box 11561
NL-1001 GN Amsterdam
Nederlands**

Hintergründe zum Post-Streik

STOP Privatisierung!

Über 600 000 Post-Beschäftigte kämpfen gegen Lohnsenkungen, für eine Angleichung der Ost-Einkommen, für den Erhalt ihrer Postwohnungen, der Betriebskrankenkasse und der Zusatzversorgung für gesundheitlich bedingte Arbeitsunfähigkeit.

Frank Klobes, Kassel

Im Staatsunternehmen Post war dies über Tarifverträge oder ministerielle Verfügungen geregelt. Mit der Privatisierung ab Januar 95 werden diese Tarif-

Wir kämpfen für:

- ★ Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze
- ★ Keine Privatisierung
- ★ Keine Zustimmung der SPD zur Postreform II
- ★ Eine demokratische Kontrolle der Post durch gewählte Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter

verträge ungültig.

Laut bürgerlicher Presse sind dies „Privilegien“, die „bewahrt“ werden sollen. Doch diese Sozialleistungen sind bei den schlecht bezahlten Postlern und den vielen Teilzeitbeschäftigten – vor allem Frauen – die untere Grenze einer gesicherten Existenz.

Die Bundesregierung benutzt die Privatisierung der Post in drei Aktiengesellschaften (Telekom, Postbank, Postdienst), um Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialleistungen zu verschlechtern. Der Rationalisierungsschutz für Beamte soll wegfallen, die Regelung für Sozialpläne im Falle von Entlassungen gestrichen werden.

Privatisierung

Die Bundesregierung betreibt seit 1988 die Zerschlagung der staatlichen Unternehmen Post und Bahn. Bei der Bahn ist die Privatisierung bereits gelungen. Dort sind über 100 000 Arbeitsplätze gefährdet. Neu Eingest-

stellte bekommen 10 Prozent weniger Lohn als vor der Privatisierung.

Es heißt, Post und Bahn sollen durch marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf effektiver werden. Doch der eigentliche Grund für die Privatisierungen sind die Profitinteressen von Daimler, Bosch, Siemens, Quelle, Mannesmann, IBM und anderen, die sich die Rosinen von Bahn und Post herauspicken wollen. Allein der Telekommunikationsmarkt läßt Milliarden Profite erwarten. Dafür sollen allerdings die KollegInnen und die kleinen Post- und Bahnkunden teuer bezahlen. Neben Lohn-, Sozial- und Arbeitsplatzabbau (90 000 bei der Post) werden auch die Dienstleistungen für die privaten Kleinkunden verschlechtert, die für Unternehmen verbessert.

DPG hat Kampf verschoben

Die deutsche Postgewerkschaft hat schon gegen den er-

sten Privatisierungsschritt, die Dreiteilung, keine konsequente Gegenwehr organisiert, sondern die Regierungspropaganda weitergeleitet, die Privatisierung erfolge „sozialverträglich“. Dies müssen jetzt die Beschäftigten ausbaden. Sie müssen einen Abwehrkampf gegen die erste Welle der Verschlechterungen durch die Privatisierung führen.

Die SPD betreibt nach anfänglich halbherzigen Widerstand jetzt zusammen mit der CDU/CSU/FDP die Vollendung der Privatisierung. Doch sie könnte diese einfach verhindern, indem sie die dafür notwendige Grundgesetzänderung ablehnt.

Demokratische Kontrolle

VORAN hat bereits 1988 mit dem Slogan „Nein zur Unternehmerbeute, ja zur Post der kleinen Leute“ gegen die Privatisierung gekämpft. Wir treten für eine Post unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten ein, für den Erhalt aller Arbeitsplätze, die Übernahme aller Auszubildenden. Leitungsgremien müssen wähl- und abwählbar sein, Funktionsträger sollen nicht mehr als den durchschnittlichen Lohn ihrer KollegInnen verdienen. Die wirklichen Privilegien müssen weg – die der Herren in den Chefetagen, der Politiker



Die Erfahrungen mit den „Management-Vorständen“ haben die Beschäftigten zum Kampf gegen die Privatisierung gebracht

und der Aktionären, die sich an der Post bereichern können. Eine wirkliche „Modernisierung“ wäre der Abbau von Hierarchien und Bevormundung.

Wenn die jetzige Kampfbereitschaft voll eingesetzt wird, können Verschlechterungen abge-

wehrt, ein Sozialtarifvertrag erkämpft werden. Selbst die Privatisierung könnte verhindert, die Regierung zurückgeschlagen und damit auch die Wahlniederlage der Unternehmerparteien vorbereitet werden.

DGB-Kongreß

DGB machtlos?

Die Proteste gegen den Auftritt eines frech grinsenden Kanzlers Kohl auf dem DGB-Kongreß waren lau. Die Haltung der DGB-Spitze gegenüber den Unternehmer-Beauftragten aus der Regierung wirkte fast schon unterwürfig.

Georg Kümmel, Aachen

Die Bilanz des DGB der letzten vier Jahren sieht schlecht aus: Rekordarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung im Osten, Gesetze und Maßnahmen der Kohl-Regierung, die den abhängig Beschäftigten Verschlechterungen brachten. Mehr denn je war der Widerstand des DGB und seiner Gewerkschaften in den vergangenen Jahren gefordert. Aber fast immer konnten sich Unternehmer und Regierung mit ihrer arbeiterfeindlichen Politik durchsetzen.

Sicher, in vielen Fällen hat der Widerstand, haben Streiks und Proteste schlimmeres verhindert, aber insgesamt hat sich die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert. Nichts zu machen? An der mangelnden Kampfbereitschaft der Mitglieder liegt es nicht, dies hat die Beteiligung an den Warnstreiks gezeigt.

Zugeständnisse

Doch die DGB-Spitze ist mehr und mehr von den Angriffen der Arbeitgeber zurückgewichen: „Zur solidarischen Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Verhinderung von Massenentlassungen haben wir uns auf eine Tarifpolitik eingelassen, die für viele schmerzhaft Lohninbußen bedeuten.“ (so der verstorbene DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer). Mit anderen Worten: „Lohnverlust sichert Arbeitsplätze“, die Argumentation der Unternehmer.

Weiter heißt es in dem Artikel aus der DGB-Zeitung „Die Quelle“: „Mit den Debatten der vergangenen Jahre haben DGB und Gewerkschaften viel alten

programmatischen Krempel über Bord geworfen.“

Gemeint sind Ansätze von Forderungen nach einem anderen Gesellschaftssystem, sind sozialistische Ansätze in den Gewerkschaftsprogrammen, zum Beispiel nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien.

Während die Marktwirtschaft Deutschland gerade die tiefste Rezession und die höchste Arbeitslosigkeit nach dem II. Weltkrieg beschert, gerade da verteidigen die Gewerkschaftsführer die „Marktwirtschaft“ vehementer als je zuvor.

Würdiger Nachfolger

In der Debatte um die Nachfolge von Heinz-Werner Meyer hängten sich die großen Gewerkschaften wie die IG Chemie und die IG Metall aus dem Fen-



DGB-Chef Dieter Schulte

ster und demontierten durch inhaltsleere Hetze die Stellvertreterin und mögliche Nachfolgerin, Ursula Engelen-Kefer. Sie ließen verlauten, diese wäre für den Posten persönlich nicht geeignet. Der Hintergrund: Engelen-Kefer, wahrlich keine radikale Klassenkämpferin, tritt immerhin klar gegen Sozialabbau auf und will die Gewerkschaften nicht auf Tarifverhandlungen

beschränken.

Die Groß-Gewerkschaften präsentierten im Handstreich den IG-Metall-Funktionär Schulte, der eher als „Managertyp“ denn als von Basis kommender Kämpfer gilt. In Interviews machte er deutlich, daß er Meyers Zusammenarbeit mit Regierung und Unternehmern fortsetzen will. Bei Kohls Auftritt schien es, als hätte sich die DGB-Spitze schon längst damit abgefunden, daß die Regierung weiter dranbleibt und wolle durch salbungsvolle Worte Ärger vermeiden.

Sollte Kohl dranbleiben, ist dies zwar in erster Linie Schuld der SPD, doch was ist mit den Gewerkschaften? Ihre Führungen haben immer wieder Kämpfe abgewürgt und faule Kompromisse geschlossen, trotz Chancen, durch breite Bewegungen Angriffe der Regierung zurückzuschlagen.

Der DGB und seine Gewerkschaften hätten die vielen Demonstrationen, Proteste und Streiks bündeln müssen. Eine Kampagne für einen 24-stündigen Generalstreik wäre eine zentrale Aufgabe der Führung gewesen. Die Stimmung war mehrmals dafür vorhanden. In den kommenden Jahren wird es wieder Situationen geben, in denen ein eintägiger, allgemeiner Streik aller ArbeitnehmerInnen die notwendige Antwort auf die Angriffe von Unternehmern und Regierung ist.

Die Gewerkschaftsführung hat keine Antwort auf die kapitalistischen Krise. Selbst ein bescheidener Antrag der IG Medien für eine Kampagne zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wurde an den Bundesvorstand, sprich Papierkorb, überwiesen. Der kleine Zirkel der Gewerkschaftsführer kann sich dank üppiger Einkommen gesellschaftliche Alternativlosigkeit leisten, Millionen Arbeitslose und Noch-Beschäftigte nicht.

DruckerInnen unter Druck

Am 22. Juni hat die Urabstimmung in den Tageszeitungsbetrieben begonnen. Die Streiks in der Druckindustrie gehen damit in eine neue Runde.

Claus Ludwig, IG-Medien-Mitglied

Die Druck-Arbeitgeber haben die Tarifverhandlungen mit der IG Medien ein halbes Jahr lang blockiert. Sie haben Gespräche abgebrochen und Gegenforderungen gestellt. Statt über Lohn- und Gehaltserhöhungen und für Verbesserungen für SchichtarbeiterInnen im Manteltarifvertrag zu reden, haben sie versucht, Verschlechterungen durchzusetzen. Die ab 95 gültige Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden soll fallen, der 89 durch Streiks erkämpfte freie Samstag würde Geschichte, Mehrarbeit ohne Überstundenvergütung eingeführt. Neueingestellte sollen 90 Prozent des Tariflohnes erhalten.

Solidarität nötig

Die IG Medien führt ihren Arbeitskampf als Nachhut der Tarifrunde 94. Er betrifft zwar nur eine relativ kleine Gruppe von Arbeitnehmern, hat aber eine größere Bedeutung. Wenn es den Unternehmern gelingt, die aktivste und kämpferischste Gewerkschaft durch eine Erpressung zur Aufgabe zu zwingen, wird dies ein Schlag gegen die ganze Gewerkschaftsbewegung zu sein. Viel deutet daraufhin, daß ein zentrales Motiv der Arbeitgeber-Provokationen ist, die verhasste IG Medien endlich einmal zu schlagen.

Gelingt dagegen die Abwehr der Provokationen, ist dies ein guter Auftakt zur nächsten Tarifrunde, auch in anderen Bereichen die Reallohnverluste der letzten Jahre wieder herinzuholen.

Deshalb ist die materielle und politische Solidarität aller Gewerkschaften und des DGB nötig. Allerdings würden viele Gewerkschaftsbosse angesichts ihrer faulen Kompromisse in ihren eigenen Branchen dumm dastehen, wenn die IG Medien erfolgreich wäre. Sie werden den KollegInnen im Druckbereich nur widerwillig helfen. Die Solidarität muß von aktiven KollegIn-

nen an der Basis erzwungen werden.

Das Warten auf den schwerfälligen Apparat hilft hier nichts. Wenn es zum Streik kommt, könnten Solidaritätskomitees eingerichtet werden, die in Zusammenarbeit mit den Streikleitungen für breite Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation der Unterstützung sorgen.

Flexible Streiktaktik

Gestreikt werden soll jeweils in Abteilungen einzelner Betriebe. Diese Streiks sollen nach Partisanen-Art überraschend erfolgen, so daß die Unternehmen sich nicht darauf vorbereiten können. Laut dem Vorsitzenden Detlef Henschke stellt sich die IG Medien auf monatelange Streiks ein.

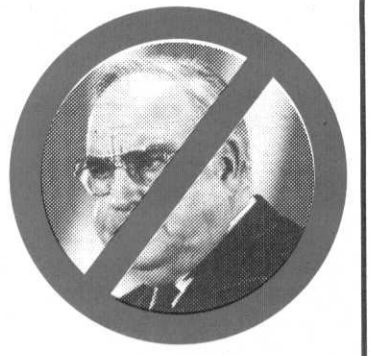
Mit relativ wenig Streikenden und Streikgeldzahlungen wird den Unternehmern viel Schaden zugefügt. Als Kern dieser Taktik hat die Gewerkschaft einen der bestorganisiertesten und erfahrensten Teil der Arbeiterbewegung, die Drucker und SetzerInnen der Zeitungsbetriebe, zur Urabstimmung aufgerufen.

Es ist richtig, daß die finanzschwache IG Medien ihre Streikkasse schonen muß – immerhin hat der DGB Finanzhilfen schon abgelehnt. Andererseits birgt die flexible Streiktaktik enorme Gefahren. Diese Methode nutzt den Streik nicht zur allgemeinen Mobilisierung der Mitgliedschaft. Bei allen härteren Streiks sind jedoch Information und Einbeziehung der betroffenen KollegInnen und breiterer Teile der arbeitenden Bevölkerung der Schlüssel zum Erfolg.

Wenn nur Teile der KollegInnen auf Anweisung der Streikleitungen in den Arbeitskampf geholt werden, setzt das starke Disziplin und Durchhaltewillen voraus. Das ist gewiß gegeben, doch hält dies über mehrere Monate an? Streikziel der IG Medien ist, die Unternehmer zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen. Doch was ist, wenn dies nicht gelingt?

Technisch läßt sich die Zeitungsproduktion mit wenig Streikrechern und Hilfskräften aufrechterhalten, Unternehmen können sich über Wochen hinweg auch auf die „Partisanen-Taktik“ einstellen. Das ist teilweise schon geschehen. Daher stellt sich die Frage nach Verhinderung der Auslieferung. Sie erfordert eine allgemeine politische Mobilisierung.

Es besteht die Gefahr, daß der Druck durch die flexiblen Streiks stagniert und abnimmt. Dann wäre die IG Medien in der Defensive. Von Beginn an müssen die Kampfaktionen daher mit breiter Öffentlichkeitsarbeit und Druck auf andere Gewerkschaften begleitet werden. Die Option, sofort von flexiblen Streiks auf unbefristet Flächenstreiks umzuschalten, muß offengehalten, die Mitgliedschaft darauf vorbereitet werden.



Geheuert, gefeuert?

Ausbildung und Arbeit für alle!

60 000 Jugendliche in Ostdeutschland werden dieses Jahr beim Lehrstellen-Wettrennen leer ausgehen. Im ganzen Land haben bisher 100 000 keinen Ausbildungsplatz. Nach der Ausbildung wurden 1993 75 000 junge ArbeitnehmerInnen nicht übernommen.

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Sie sind wieder voll da, die Gespenster von 1980. Nicht ein oder zweimal liest man „Es tut uns leid ... alles Gute für ihren beruflichen Werdegang“, sondern man bekommt 40 oder mehr Absagen.

Lehrstellen-Märchen

Vor allem die Industriebetriebe, in denen eine breitere Qualifizierung vermittelt wird, bauen Ausbildungsplätze ab, übernehmen nicht mehr. In der Metallindustrie werden 65 Prozent der Ausgelernten nicht übernommen, bei der Telekom sollten im Januar sämtliche 3000 Kommunikationselektroniker nach ihrer Ausbildung auf der Straße landen.

Während ganze Gruppen – ausländische Jugendliche, Jugendliche im Osten und Frauen – aus qualifizierten technischen und kaufmännischen Ausbildungsberufen verdrängt werden, werden Schulen und Universitäten gegen Kinder aus arbeitslosen Familien abgeschottet.

Durch BAFÖG-Kürzungen und schärfere Studien-Bedingungen werden die Studierenden, die nicht von ihren Eltern finanziert werden können und nebenbei arbeiten müssen, von der Uni gedrängt.

Aber zu „unnötiger Überqualifizierung“ und „zu hohen Ansprüchen“ gibt es segensreiche Alternativen: Im Handwerk gibt es noch offene Lehrstellen – zumindest im Westen. Viele davon haben zwar mit beruflicher Qualifikation nicht viel zu tun und bieten auch keinen Lohn, von dem man leben kann, aber geben der Bundesregierung Gelegenheit zur Aufführung ihres seit 1982 beliebten Lügenschauspiels „Wer eine Lehrstelle will, der findet auch eine ...“

Zukunft, ein Luxus?

Außerdem gibt es noch unge-



In der Metallindustrie werden 65 Prozent der Auszubildenden nicht übernommen

lernte Aushilfsjobs, für Leute, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, für Nicht-Übernommene und für Studierende, die nebenbei jobben müssen.

Klar, daß man bei solchen Jobs keine großartige Bezahlung oder soziale Absicherung erwarten kann?! Und man gewöhnt sich an alles! Das zeigt das Beispiel der USA: Dort werden seit 15 Jahren qualifizierte Arbeitsplätze abgebaut und durch Billigjobs à la McDonalds „ersetzt“. Das Lohnniveau ist um 19 Prozent gesunken.

Unternehmer und Kohl-Regierung nutzen die Krise, um Löhne und Ausbildungsstand zu drücken. Sie wollen die jetzige Generation der Jugend daran gewöhnen, ihre Ansprüche zurückzuschrauben. Dieses System will sich eine umfassende zukunftsorientierte Ausbildung für uns nicht mehr leisten! Die „Experten“, die darüber in Fernsehrunden ihre Sorgen äußern, sind damit einverstanden oder nehmen das hin.

Für Ausbildung und Übernahme müssen wir selber kämpfen!

Die Azubis bei der Telekom haben damit angefangen, haben in Bochum, Hagen, Dortmund, Kassel und Gießen ihre Ausbildungsstätten besetzt, um ihre Übernahme durchzusetzen. Sie haben gezeigt, wie der Kampf

Bei der Telekom sollen sämtliche 3000 Kommunikationselektroniker nach der Ausbildung auf der Straße landen

beginnen kann. Auch in anderen Bereichen, bei AEG und Siemens, bei Kugelfischer in Schweinfurt und bei den Städtischen Kliniken in Braunschweig, haben Azubis für Übernahme gekämpft.

Den Unternehmern und der Regierung muß jetzt Druck von Auszubildenden und Schulabgängern gemacht werden.

Unsere Forderungen:

★ Garantierte Übernahme im erlernten Beruf, unbefristet und Vollzeit

★ Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich

★ Einen qualifizierten Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen

★ Zukunftsorientierte Ausbildung:

★ Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen durch die Betriebe

★ Einrichtung von Berufbildungszentren, die praktische und theoretische Ausbildung verschmelzen

★ Gestaltung, Kontrolle und Verwaltung dieser Zentren durch gewählte Vertreter der Schüler, des Lehrpersonals, Gewerkschaften und des Staates (z. B. der Städte und Gemeinden)

Was kann getan werden?

- Die vielen Protestaktionen müssen zusammengeführt werden: Azubis und JAVen sollten sich regional und überregional zusammenschließen
- Die Azubis können sich an die SchülerInnen wenden, gemeinsame Forderungen aufstellen und Aktionen durchführen
- Es können Jugendinitiativen aus Gewerkschaftsjugendlichen, SchülerInnen und politischen Gruppen gebildet werden, die den Kampf verbreitern und in die Öffentlichkeit tragen
- Gemeinsam können die Jugendlichen Druck auf die Gewerkschaften ausüben, solche Aktionen nicht nur lauwarm, sondern massiv zu unterstützen

- Am Ende könnten dann Besetzungsaktionen im ganzen Land gemeinsam laufen, wie sie bei der Telekom erst einmal nur in einzelnen Städten stattgefunden haben

Die Ortsgruppen der Sozialistischen Alternative VORAN werden solche Initiativen und Aktionen unterstützen und dabei mithelfen, sie auf Touren zu halten.

Wenn Ihr Vorschläge habt, was für Ausbildung und Übernahme getan werden kann oder in Eurem Betrieb/Eurer Schule etwas machen wollt, wendet Euch an uns, ruft bei unserem Info-Telefon 02 21 / 13 45 04 oder bei den örtlichen Nummern (Seite 5) an.